

# Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter  
MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

erscheint jeden Donnerstag, Redaktionsschluss Sonnabend.  
Verantwortlich für die Redaktion: A. Vanles, Berlin NW 40,  
Reichstagsufer 3. — Fernsprecher: Amt Sama 8462 n. 4984

Verlag: A. Vanles, Berlin NW 40, Reichstagsufer 3.  
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagssanstalt  
Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post.  
Anfertigung: Die 6 gepaltene Kompartimentszelle bei Arbeitsmarkt  
Gratifikationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

## Kampf um die Arbeitslosenunterstützung

Die Brüning-Regierung beabsichtigt einen starken Abbau der Arbeitslosenunterstützung. Eine neue Reform der Arbeitslosenversicherung soll die Belastung der Reichsfinanzen durch die katastrophale Arbeitslosigkeit möglichst senken. Wie wir durch unsere ständige Berichterstattung feststellen konnten, waren anfangs Mai noch 1 760 000 Unterstützte in der Arbeitslosenversicherung und weiter 320 000 Personen in der Krisenunterstützung vorhanden. Dazu kommen noch etwa 350 000 Personen als Ausgesteuerte, die von den Gemeinden unterstützt werden. Ueber 2,4 Millionen Menschen sind somit auf Unterstützung angewiesen. Die bereits für den aufgestellten Etat hart umstrittene Kostendeckung, die bei 3¼ Proz. Beitrag einen Zuschuß von 250 Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln notwendig macht, wird dann noch schwieriger, denn bei einer Zugrundelegung von 1,5 Millionen zu Unterstützender würde sich das Defizit der Anstalt im Haushalt 1930 um weitere 300 Millionen Mark erhöhen. Durch die Liebesgabenpolitik an die Landwirte, die Osthilfe, die die Bereitstellung unvorhergesehener größerer Mittel fordert, ist die Regierung in große Bedrängnis geraten; um so entschiedener betreibt sie nunmehr den Raub an den Arbeitslosen.

Sie sucht jetzt nach einem Gutachten, das die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung in der Öffentlichkeit rechtfertigt. Nun soll der Vorstand der Reichsanstalt verpflichtet sein, der Regierung Vorschläge zur Reform des Gesetzes zu unterbreiten. Von den freien Gewerkschaften wurde von jeher solche Aufgabe dem Vorstand der Reichsanstalt bestritten. Für die Regierung würde das sehr angenehm sein, wenn sie von der Reichsanstalt ein Gutachten auf Abbau der Arbeitslosenversicherung erhalten würde. Trotz der Einwände der Vertreter der freien Gewerkschaften hat der Vorstand in den letzten Tagen die Beratung durchgeführt.

Die Vorschläge der freien Gewerkschaften dazu lauten:

Kein Abbau der Leistungen. — Erhöhung des Beitrages auf 4 Proz. — Grundsätzliche Beteiligung des Reichs an der Kostendeckung entweder durch Drittelung des Beitrages dergestalt, daß das Reich laufend 1½ Proz. des Lohnes der zu Versichernden leistet oder die laufende Zahlung eines bestimmten Pauschbetrages für jeden einzelnen Unterstützungsfall — Einhebung eines allgemeinen Notopfers als Zuschlag zur Lohn- und Einkommensteuer für alle „Höherverdienenden“. — Aufhebung der Ausnahmebehandlung der Landwirtschaft durch Verzicht auf die Versicherungsfreiheit für landwirtschaftliche Arbeitnehmer.

Die finanzielle Auswirkung dieser Beschlüsse würde die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung auch dann sichern, wenn wirklich durchschnittlich 1,5 Millionen Versicherte unterstützt werden müssen, ohne daß ein Abbau der Leistungen notwendig wäre. Weiter wurde vorgeschlagen: Endliche Einführung der

Meldepflicht für offene Stellen, um die Arbeitsvermittlung der Arbeitsämter auszubauen. — Verbesserung des neuen § 89a, der eine unerträgliche Ausschaltung von Arbeitslosen darstellt. Abänderung des neuen § 107c dahingehend, daß die sogenannten „Pendelarbeiter“ nicht unter die einschränkende Bestimmung fallen. Verbesserung betr. das Arbeitsverhältnis der Notstandsarbeiter. Ausdehnung der Krisenunterstützung auf alle, insbesondere auch auf die baugewerblichen Berufe, wobei die Bezugsdauer der Krisenunterstützung auf die Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden soll.

Diesen Anträgen standen von vornherein die auf den Leistungsabbau gerichteten Vorschläge des Präsidenten der Reichsanstalt, der Arbeitgeber und einiger Ländervertreter gegenüber. Sparen um jeden Preis, mag auch höchstes soziales Unrecht geschehen, ist in diesen Kreisen die Parole. In diesen Kreisen herrschen Bemühungen vor, nachzuweisen, daß die Versicherung überspannt sei. Leistungen und Beitrag nicht im Einklang zueinander stehen. Aber der Ursache auf den Grund zu gehen, warum die katastrophale Lage auf dem Arbeitsmarkt besteht, dafür herrscht kein Verständnis.

Die Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig und drohten mehrmals zu scheitern. Das Ergebnis ist für die Versicherung unerträglich, denn es bringt einen Leistungsabbau, von dem die große Masse der Arbeitslosen erfaßt wird. Es kam folgendes Kompromiß zustande, das vom Vertreter des Preussischen Wohlfahrtsministeriums eingebracht und von den Vertretern der Unternehmer, der christlichen und Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften und der öffentlichen Körperschaften angenommen wurde: Für alle Versicherten mit geringerer als 52wöchiger Anwartschaft sollen die Krisenlätze gezahlt werden (diese Regelung ist als dauernd gedacht, nicht, wie im Vorschlag des Präsidenten zum Ausdruck kam, nur für die Zeit eines 4prozentigen Beitrages). Die Familienzuschläge sollen nach der eigentlichen Lohnklasse berechnet werden. Die Sonderregelung für Saisonarbeiter fällt fort und es wird ein 4prozentiger Beitrag erhoben. Dieser Vorschlag über die Beitragserhöhung wurde mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen und es stimmten auch 3 Unternehmer dafür, ebenfalls die 4 Vertreter der öffentlichen Körperschaften, der christlichen und Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften und der Präsident.

Um die Ungeheuerlichkeit dieses Beschlusses voll zu erfassen, muß man sich vergegenwärtigen, daß ein außerordentlich großer Teil der deutschen Arbeiter überhaupt nicht mehr in Dauerstellungen kommt. Immer mehr wird das einzelne Arbeitsverhältnis ein kurzfristiges Vergeblich war jedes Bemühen, nachzuweisen, daß diese Verschlechterung im höchsten Grade unsozial ist, weil sie gerade demjenigen Arbeitslosen, der durch die Ungunst des Arbeitsmarktes nur kurzfristig beschäftigt wird, der immer wieder Perioden der Arbeitslosigkeit durchmachen muß, also den Un-

glücklichsten trifft. Die christlichen Gewerkschaften bekannten sich leider zu diesen unsozialen Grundsätzen. Es ist nichts wie Schaumströmer, wenn die christlichen Gewerkschaften behaupten, diese Regelung löse das Saisonarbeiterproblem und stelle eine höhere Gerechtigkeit dar. Da gerade der Saisonarbeiter keine 52 hintereinander liegenden Beschäftigungswochen aufweisen kann, fällt er naturgemäß immer unter die einschränkende Bestimmung. Mit 8 zu 8 Stimmen wurde beschlossen, daß Arbeitslose bis zum 17. Lebensjahre nur dann Unterstützung beziehen sollen, wenn sie keinen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch haben. Von den Unternehmern wurde sogar als Grenze das 20. Lebensjahr gefordert. Dieser Beschluß ist geradezu ungeheuerlich, wenn man wahrnehmen muß, daß unter den jährlich wiederkehrenden großen Arbeitslosenmassen ein hoher Prozentsatz jugendlicher vorhanden ist. Ebenfalls wurde mit 8 gegen 8 Stimmen beschlossen, daß für Arbeitslose, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, der Unterstützungsanspruch erlischt. Wenn zwei Ehegatten zugleich Unterstützung beziehen, so soll die eine dieser Unterstützungen um die Hälfte gekürzt werden und zwar die niedrigste. Das soll aber nicht gelten, wenn die Ehegatten Kinder unter 14 Jahren oder arbeitslose Kinder unter 17 Jahren zu versorgen haben. Auch bei Annahme dieses Antrages wirkten die Christlichen und Hirsche mit. Geringfügige Beschäftigungen sollen künftig grundsätzlich versicherungsfrei sein. Soweit die wesentlichsten auf Verschlechterung gerichteten Beschlüsse.

Beschlossen wurde weiter, vorzuschlagen, daß künftig auch ländliches Gesinde versicherungsfrei sein soll. Gegen die Unternehmer wurde beschlossen, daß der § 107c sich künftig nur auf die eigentlichen Wanderarbeiter erstrecken soll, und daß die sogenannten Pendelarbeiter nicht unter die einschränkenden Bestimmungen fallen. Die Krisenunterstützung soll sich auf alle, insbesondere auch auf die baugewerblichen Berufe erstrecken und die Bezugsdauer der Krisenunterstützung habe die Dauer der Arbeitslosigkeit zu umfassen. Das bisherige Gemeindefünftel der Krisenfürsorge soll in Zukunft durch das Reich getragen werden. Hingegen wurden die Anträge der Gewerkschaften, endlich die Meldepflicht der offenen Stellen einzuführen, wie überhaupt den Arbeitgeber stärker an die öffentliche Arbeitsvermittlung zu binden, abgelehnt.

Dazu sei heute schon gesagt, daß die freien Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit die Durchführung dieser Beschlüsse bekämpfen werden. Niemand wird die schwierige Situation angesichts der deutschen Finanzlage verkennen, wenn aber die Wege, die von den freien Gewerkschaften gewiesen wurden zur Überwindung dieser Situation, ohne daß gerade der schwächste wirtschaftliche Teil der deutschen Bevölkerung getroffen wird, nämlich die Arbeitslosen, unbeachtet bleiben, so wird im Reichstag gegen die Vorschläge der schärfste Kampf entbrennen.

### Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen

Die im vergangenen Herbst mit Rücksicht auf die in Aussicht gestandene Biersteuererhöhung veräugelte Lohnbewegung in den rheinisch-westfälischen Brauereien ist im Laufe des Monats wieder aufgebrochen worden. Die Brauereien sind nach wie vor gegen die damals durch einen Schiedspruch in Vorschlag gebrachte vierprozentige Lohnerhöhung. Der ablehnende Standpunkt der Brauereien hat naturgemäß unter den dortigen Brauereiarbeitern ungeheure Enttäuschung zur Auslösung gebracht, zumal die Biersteuererhöhung voll auf den Konsumenten abgewälzt werden konnte und daneben auch noch eine kleine Erhöhung für sonstige Unkosten pro Hektoliter aufgeschlagen worden ist. Die Entscheidung wird nunmehr vor dem Reichsarbeitsministerium fallen. Die Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches finden am 30. Mai statt. Ueber den Ausgang werden wir näheres berichten.

### Lohnbewegung der Hamburger Konditoren beendet

Durch einstimmigen Schiedspruch des Hamburger Schlichtungsausschusses vom 9. Mai d. J. wurde der seit langem mit der Groß-Hamburger Konditoreninnung geführte Lohnstreit beendet.

Die Wochenlöhne bei einer 48stündigen Arbeitszeit betragen: für Gehilfen über 24 Jahre 60 Mk., für Gehilfen bis zu 24 Jahren 52 Mk., bis 2 Jahre nach der Lehre 43 Mk. Dieser Lohnvertrag, der von den Parteien angenommen wurde, gilt für ein halbes Jahr.

### Konferenz der Bäckergehilfen Sachsens

Am 11. Mai tagte im Volkshaus in Chemnitz eine Konferenz der Bäckergehilfen, die in Innungsbetrieben beschäftigt sind. Von jeder Ortsgruppe in Sachsen waren Delegierte anwesend. Reichssekretionsleiter Kollege Scharf referierte über die technische Entwicklung des Bäckers- und Konditorenhandwerks während des 15jährigen Bestehens des Bäckereihandwerkes. Er schilderte die Entwicklung im Bäckergewerbe und stellte fest, daß die motorische Kraft von 1911 bis 1929 um 630 Proz. gesteigert wurde. In den letzten drei Jahren stieg die Anzahl der Kraftmaschinen in den Bäckereien um 27,9 Proz. Wohl kein Gewerbe hat einen so erheblichen technischen Aufstiege.

Das Nachbrotverbot förderte die Verwendung von Maschinen. Trotzdem ist der Kleinbetrieb noch vorherrschend. Die Verzweigung der Bäckereibetriebe ist dadurch charakterisiert, daß von den 95 000 Bäckereien in Deutschland 37 000 ohne jede Hülfkraft bzw. nur mit Lehrlingen arbeiten. Mit der Anzahl der verwendeten Maschinen steigt auch die Anzahl der Lehrlinge. Werden die Meisterlöhne abgerechnet, so sind mehr Lehrlinge als Gesellen im Bäckerberuf vorhanden. Wohl in keinem Gewerbe sind derartig widersinnige Verhältnisse der Lehrlingszucht zu finden. Die Arbeitslosigkeit der Bäckergehilfen steigt von Jahr zu Jahr. Im Durchschnitt gerechnet kann ein Geselle nur auf dreijährige Berufsarbeit nach der Lehrzeit rechnen.

Gegen das Kost- und Logiswesen wendete sich der Referent mit altem Nachdruck. Ein Teil der Innungen versucht die Verwerfung des früheren Arbeitsbeginnes. Die Großbetriebe fördern das Dreischichtensystem. Dem setzen wir unseren schärfsten Kampf mit allen Mitteln entgegen. Bei zeitgemäßer Besetzung einer Schicht sind es 125 Großbetriebe, die für das Dreischichtensystem in Frage kämen. Sollte sich für diese geringe Anzahl von Betrieben eine Reaktion finden, um dafür ein Gesetz zu schaffen? Bei der großen Arbeitslosigkeit der Bäcker wäre das unverständlich. Die technische Entwicklung, Verzweigung der Betriebe und die unerhörte Lehrlingszucht sind die Hauptursachen der großen Anzahl von Arbeitslosen im Beruf.

Anschließend referierte Bezirksleiter Fitz, Dresden, über die Stellungnahme zum Ramekarij mit dem Sächsischen Innungsverband Saxonia. Er schilderte das Tarifvertragswesen und dessen Entwicklung bis zum Abschluß des Landesrahmentarifes mit dem Saxonia-Verband. Weiter teilte er mit, daß auch in Sachsen das Verhältnis der Gesellen gegenüber den Lehrlingen ein ungünstiges ist. 7806 Gesellen stehen 5185 Lehrlingen gegenüber.

Im Schlußwort gehen die Kollegen Fitz und Scharf auf die verschiedenen Anregungen ein. Sie sind der Meinung, daß die in der Diskussionsbehandlung Fragen unbedingte Nachfragen sind. Es steht noch immer ein Teil der im Bäckereibetrieb Beschäftigten abseits, die damit die gegnerischen Vereinigungen unterstützen. Alles muß angesetzt werden, um auch diese als Mitglieder in unserem Verband einzureihen. Die Mitgliederzahl der Bäckersektion ist erfreulich

weise ständig im Wachsen. Eine starke Gewerkschaft wird auch die Vorbedingungen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewährleisten. Bei Punkt 8 der Tagesordnung „Gewerkschaftliches“ werden noch verschiedene Fragen besprochen und Anregungen gegenseitig gegeben. Kollege Niepl schließt die Konferenz mit der Aufforderung, das Gehörte in den Ortsgruppen den Mitgliedern bekanntzugeben und dafür Sorge zu tragen, in Zukunft noch mehr denn je für den Verband rege tätig zu sein.

### Spaltung im Fleischer-Hirsche-Bund

Augen auf, süddeutsche Metzgergesellen! So ist ein Flugblatt betitelt, das in süddeutschen Städten und Fleischergevierten verbreitet wird, die dem Bund angehört und neuerdings einen „Ring süddeutscher Metzgergesellen“ gegründet haben. In dem Flugblatt sagen sie der Öffentlichkeit, was Hans Jgler, das Vorstandsmitglied, hinter den Kulissen des Bundes erleben mußte. Es heißt dort: Viele Bundesmitglieder liegen arbeitslos auf der Straße und erhalten keinen Pfennig Unterstützung. Getan wurde für euch nichts. Ueber die Altersrentenkasse ging der Gesamtverband mit einem Lächeln hinweg, er versicherte aber an den Vorsitzenden und Kassierer 1000 Mk.; der Zweigbundesvorsitzende Fischer, Leipzig, wollte sogar 2000 Mk. schenken. So wird mit euren Beiträgen Schuld lud getrieben. In 1 1/2 Stunde Revision habe der Kassierer Henne, Bremen, die Buchführung als muftergültig vorgefunden, wozu der geschulteste Bücherrevisor nicht fähig sei die Bücherrevision von zwei Geschäftsjahren vorzunehmen. Der deutsche Fleischergeviertenbund habe die süddeutschen Metzgergesellen belogen; auf Beweise wird verwiesen. Willy Rirschner, Bingen, der als Bezirksleiter für Süddeutschland eingesetzt ist, wird als ehemaliger Separatist und Vaterlandsverräter bezeichnet, der in der Separatistenzeit in Bingen mit dem sogenannten Schorngeld Schweine gekauft und damit die Binger Händler und Bürger betrogen habe. Sein Senfladen sei von der Binger Bürgerschaft boykottiert worden.

Der Bezirksleiter des BdM. in Mannheim habe am 27. April gesagt: „Der Geist, den der Bezirksleiter Busch in Süddeutschland gezeigt hat, ist nicht weit her. Ueber die Dinge, die er hier unien vollbracht hat, schüttelte selbst die Spitzenorganisation den Kopf.“

Hon Jgler jagt das Flugblatt: Lug, Trug und Schmutz liebt er nicht und darum konnte der deutsche Fleischergeviertenbund ihn nicht gebrauchen.

O, arme Bundesherrlichkeit, wie tief bist du gesunken! So ist das Urteil süddeutscher Metzgergesellen über den Bund und seine Führer. Diese Enttäuschten müssen es wissen, werden ja auch die Verantwortung für ihre Behauptungen tragen können. Damit wird aber auch allen Anhängern des Bundes gesagt, daß auch sie Ursache haben, ihre Konsequenzen zu ziehen.

### Der Beschäftigungsgrad in der Süßwarenindustrie im April

Wie aus den unten wiedergegebenen statistischen Feststellungen zu ersehen, hat sich die Beschäftigungslage in dieser Industrie gegenüber dem Vormonat — im Gegensatz zu der allgemeinen Arbeitsmarktlage, die eine geringe Entlastung aufweist — etwas verschlechtert. Die Zahl der erfolgten Entlassungen ist wesentlich höher als die der Neueinstellungen; ebenso haben die Betriebe mit Kurzarbeit und vorübergehender Stilllegung eine Zunahme erfahren. Der Vergleich der letzten drei Monate ergibt folgendes Bild:

Monat	Beschäftigte	Zahl der Beschäftigten			Neu eingestellt	Entlassen	Anzahl der Betriebe		
		männlich	weiblich	zusammen			mit Beschäft.	m. teilw. Stillleg.	ohne Beschäft.
Februar	252	9676	27348	37024	523 1736	20	63	8 13	
März	252	9183	25502	34665	625 1566	16	64	11 8	
April	242	9200	23994	33194	402 2478	19	66	6 19	

Bei der Gliederung der berichtenden Betriebe nach dem Grad der Beschäftigung in nachstehender Tabelle zeigte sich im April eine Abnahme der gutbeschäftigten Betriebe; dagegen trat weniger eine Zunahme der schlechtbeschäftigten Betriebe, sondern vielmehr eine Verschiebung nach der Gruppe mit befriedigendem Beschäftigungsgrad in die Erscheinung.

Monat	Gut		Befriedigend		Schlecht	
	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.	Betriebe	Beschäft.
Februar	75	11 174	126	18 501	52	7 349
	29,6%	30,2%	49,8%	50%	20,6%	19,8%
März	89	13 457	100	12 915	63	8 313
	35,1%	38,8%	39,9%	37,2%	25%	24%
April	75	9 375	105	15 522	62	8 297
	31%	28,2%	43,4%	46,8%	25,6%	25%

### Der Young-Plan in Kraft

Am 17. Mai, abends 6 Uhr, ist der im vorigen Jahr nach mühevollen Verhandlungen zustande gekommene Young-Plan in Kraft getreten. Der Dawes-Plan mit der Reparationskommission und den Kontrollorganisationen hat damit automatisch zu bestehen aufgehört. Mit dem Inkrafttreten des Young-Plans nimmt auch die neugegründete Bank für internationale Zahlungen in Basel ihre Tätigkeit auf. Gleichzeitig ist auch der Befehl zur sofortigen Räumung der dritten Rheinlandzone erteilt worden.

Der neue Plan bringt für Deutschland eine vollständige Umwandlung aller bisherigen finanziellen Abmachungen. Die Umwandlung kommt am besten dadurch zum Ausdruck, daß die früheren Schuldverschreibungen Deutschlands einschließlich der Industrie- und Eisenbahnobligationen in Höhe von 143 Milliarden Mark offiziell verbrannt worden sind. Während der Dawes-Plan nur ein Provisorium gewesen ist, soll der Young-Plan, an dessen Schaffung Deutschland gleichberechtigt mitgewirkt hat, eine vollständige und gültige Regelung der Reparationsfrage umfassen. Der Young-Plan bringt gegenüber dem Dawes-Plan verschiedene Erleichterungen. Allein die genaue Festsetzung der von Deutschland zu leistenden Zahlungen, die bisher gänzlich unbestimmt war, ist für eine geregelte Wirtschaft äußerst wertvoll. Bisher war die jährliche Zahlung für unbestimmte Zeit auf 2,5 Milliarden Mark festgesetzt, die durch die Gestaltung des Wohlstandesindex noch erhöht werden konnte. Nach dem neuen Plan steigen die jährlichen Zahlungen für die nächsten 37 Jahre von 1,7 Milliarden auf 2,4 Milliarden. Im Durchschnitt betragen die Zahlungen einschließlich der Zinsen mit der Tilgung der Dawes-Anleihe für diese Zeit 2,05 Milliarden Mark. Für die darauffolgenden 22 Jahre liegt die durchschnittliche Leistung noch niedriger. Wesentlich ist, daß durch den Young-Plan die weitverzweigte ausländische Finanzkontrolle beseitigt wird, und daß die bankmäßige Verwaltung der Reparationszahlungen von der neugegründeten Bank, in der auch Deutschland vertreten ist, vorgenommen wird. Auch die bisher den Gläubigermächten verpfändeten Einnahmen fallen fort, so daß eine vollständige Aenderung der Zahlungsquellen eintritt.

Wenn auch durch die hier kurz skizzierten Erleichterungen der Young-Plan dem Dawes-Plan vorzuziehen ist, so ist dieser doch immerhin noch eine starke Belastung der deutschen Wirtschaft, unter der nicht zuletzt auch die Arbeiterschaft zu leiden hat. Revisionsmöglichkeiten sind im Neuen Plan vorgesehen, allerdings nur für den Fall eines besonders schwerwiegenden Notstandes Deutschlands. Bei einigermaßen geschickter Führung der Außenpolitik ist vielleicht zu erwarten, daß es auch ohne diese Voraussetzungen zu weiteren Erleichterungen kommt. Die Arbeiterschaft wird ihrerseits nichts unversucht lassen, um dieses Ziel zu erreichen.

### Spiritus-Beimischungszwang

Wir haben bereits bei der Besprechung des Geschäftsberichts der Branntwein-Monopolverwaltung darauf hingewiesen, daß es auf die Dauer unhaltbar ist, den Großagrariern für jeden Hektoliter Spiritus, der in ihren Kartoffelbrennereien erzeugt wird, ohne Rücksicht auf die Gestehungskosten 63 Mk. zu zahlen. Unhaltbar ist es auch, daß dieser Spiritus, der sich durch Reinigungs- und Verwaltungskosten auf einen Selbstkostenpreis von 80 Mk. pro Hektoliter erhöht, für nur 31 Mk. als Motorenbetriebsstoff abgegeben wird. Diese Preispolitik hatte zur Folge, daß im vergangenen Jahr von der Monopolverwaltung rund 70 Millionen Mark weniger an das Reich abgeführt werden konnte.

Nicht genug damit, wurde von deutschnationaler Seite verlangt, daß dem nach Deutschland eingeführten Benzin 10 Proz. inländischer Spiritus beigemischt werden muß. Diesem Verlangen wurde prompt Rechnung getragen, indem in Artikel 2 des Gesetzes über Zolländerungen vom 15. April 1930 die Reichsregierung ermächtigt wird, anzuordnen, daß diejenigen, die Treibstoffe aus dem Ausland einführen oder im Inlande herstellen, einen entsprechenden Anteil Spiritus beizumischen gezwungen werden können. Bis jetzt hat die Reichsregierung von dieser Ermächtigung noch keinen Gebrauch gemacht, obwohl die Bestände der Reichsmonopolverwaltung augenblicklich derartig hoch sind, daß sie dazu einen Anreiz bieten. Doch darf erwartet werden, daß eine derartige Ermächtigung ohne eine grundlegende Reform des Branntweinmonopols nicht zustande kommt. Würde nämlich der Spiritus zum Beimischen für Treibstoffe ebenfalls zu verlustbringenden Preisen abgesetzt werden, dann würden nochmals ungezählte Millionen nicht nur zugunsten der Landwirtschaft, sondern auch zugunsten der Industrie verschleudert und dabei das Branntweinmonopol in eine äußerst schwierige Lage gebracht werden. Es ist deshalb notwendig, daß gegen die noch beabsichtigte Verschleuderung von Steuergeldern entschiedener Protest erhoben wird. In einer Zeit, in der angeblich für die Arbeitslosen kein Geld vorhanden ist, würde eine derartig unsinnige Politik doppelt aufreizend wirken.

### Biersteuereinnahmen im April 1930

Vom Reichsfinanzministerium wurde in der vorigen Woche im „Reichsanzeiger“ die Uebersicht über die Einnahmen des Reiches an Zoll, Steuern usw. für den Monat April veröffentlicht. Nach dieser Aufstellung wurden an Biersteuer in diesem Monat über 27 Millionen Mark vereinnahmt. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ist eine Mehreinnahme von 4,7 Millionen Mark zu verzeichnen. Gegenüber dem Vormonat März dieses Jahres hingegen haben sich die Biersteuereinnahmen um 3,8 Millionen Mark vermindert. Die ziemlich erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, daß die Eingänge an Biersteuer im vorigen Jahre durch den überaus kalten Winter erheblich zurückgegangen sind. In den Einnahmen des Monats April kommt die Biersteuererhöhung noch nicht zum Ausdruck, da diese erst am 1. Mai eingetreten ist. Im Entwurf des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1930/31 ist die Biersteuereinnahme in Höhe von 550 Millionen Mark veranschlagt worden.

### Der tarifunfähige Bäckerbund

Die Gelben mußten sich erneut vom Reichsarbeitsministerium bescheinigen lassen, daß sie tarifunfähig sind. Das kam so:

Zu Beginn dieses Jahres wurde der Dessauer Bäckerinnung von unserer Organisation ein Tarifvertrag unterbreitet. Wie in so vielen Fällen, so suchte auch diese Bäckerinnung nach einem Retter in der Not. Man ließ sich Pehold von Dresden kommen, der zunächst einige gutgläubige Gesellen organisierte, und dann mit der Innung einen Tarif abschloß, ohne daß er von der Gefellenschaft dazu Auftrag erhalten hatte. Innung und Pehold feierten zunächst ihren Sieg. Von unserer Seite wurde nun der Schlichtungsausschuß angerufen. Hier ließ die Innung erklären, es nicht notwendig zu haben noch einen zweiten Tarif zum Abschluß zu bringen. Als wir die Tariffähigkeit des Bundes in Abrede stellten, beschloß der Schlichtungsausschuß, beim Reichsarbeitsminister anzufragen.

Von dort traf nach vielen Wochen die Antwort ein, daß der Bund nicht tariffähig ist. Nunmehr wurde vom Schlichtungsausschuß der Innung aufgegeben, innerhalb 14 Tage mit unserer Organisation in Verhandlung zu treten. Am Freitag, dem 16. Mai d. J., wurde zwischen uns und der Innung verhandelt und ein Tarif zum Abschluß gebracht, der wesentliche Besserungen gegenüber dem von Pehold abgeschlossenen aufweist. Damit ist der gelbe Tarif für Dessau erledigt.

Hoffen wir, daß die Innung und insbesondere unsere Dessauer Kollegen daraus die Lehren ziehen und die Gelben in Zukunft als das betrachten, was sie in Wirklichkeit sind, nämlich Söldlinge der Unternehmer.

In einer öffentlichen Versammlung am 20. Mai versuchten einige meistertreue Elemente an den Tarifabschluß herumzudrängeln, aber nicht etwa in dem Sinne, daß zu wenig erreicht worden sei, im Gegenteil, sie meinten, daß die Meister das nicht gewähren könnten. Auch hier könnte man ausrufen: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“ Kollegen lernt daraus und streut den Samen unseres Verbandes in die Köpfe der uns noch fernstehenden Kollegen!

### Tarifabschluß im schleswig-holsteinischen Mühlengewerbe

Die Mehrzahl der Mühlenbesitzer ist auch an der Wasserante tarifseindlich. Lange Arbeitszeit ist das Ideal dieser Herren. In mehreren Orten der Provinz bestehen seit Jahren Tarife, die zum Teil durch gewerkschaftlichen Kampf erreicht wurden. Die Tarifmühlen machten bei der letzten Lohnverhandlung auf die große Schmutzkonkurrenz der anderen Mühlen aufmerksam, die durch 10- bis 12 stündige Arbeitszeit und geringen Lohn besondere Geschäfte machten. Die Gauleitung setzte mit großzügiger Agitation ein, überall fanden Versammlungen statt, an manchem Sonntag zwanzig und mehr. Der Organisationsgedanke fand überall Anhänger, trotz der Gegenagitation der Unternehmer. Die Flut stieg, die Mühlenbesitzer stießen SDS-Rufe aus und die Stahlhelmgewerkschaft „Deutsche Hilfe“ stellte sich als billiger Jakob zur Verfügung.

Unter „Führung“ eines Rechtsanwalts und Notars wurden nun allerlei Winkelzüge gemacht. Die „Deutsche Hilfe“ versandte Flugblätter und Aufnahmefcheine an die Mühlenbesitzer und diese betrieben die Agitation, beriefen Versammlungen ein und preßten einige Arbeiter als Mitglieder. In verschiedenen Versammlungen erschienen die Mühlenbesitzer mit den gelben Hilfsagitatoren und brachten schließlich Schreibmaschine und Schreibkraft mit, um so schnell wie möglich einen „Tarif“ zu bekommen. Ein

„Tariffimmel“ setzte ein. Jedoch vergebens. Die Arbeiter begriffen schnell, daß eine gelbe Hilfs-„Gewerkschaft“, unterstützt von den Unternehmern, keine besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen bringen kann. Ohne Kenntnis und Zustimmung der Beschäftigten wurden „Tarife“ angefertigt, die eine 60- und mehrstündige Arbeitszeit festlegten. Damit sollte der Verband aus dem Felde geschlagen werden. Beim Schlichtungsausschuß erklärten die Herren, daß sie nicht tariffähig seien und bereits einen „Tarif“ haben. Rechtsanwaltslogik. Ein Schiedspruch wurde im Sinne der Verbandsforderungen gefällt; von der Gegenseite abgelehnt. Wiederholte Versprechen beim Schlichtungsausschuß und Schlichter wurden nicht gehalten. Treu und Glauben galt nicht. Immer wieder wurde die gelbe „Deutsche Hilfe“ unter dem Oberbefehl des Advokaten eingeseht.

Nunmehr hat der Schlichter der Nordmark den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses für verbindlich erklärt. Damit ist gegen den Willen der Mühlenbesitzer ein Tarifvertrag nebst Lohnabkommen rechtsverbindlich geschaffen. Der „Tarif“ der gelben Hilfe ist somit gegenstandslos, ein Fehden Papier. Umsonst sind die Druckkosten, die Bemühungen der Mühlenbesitzer, die Zutreiberdienste, die vielen Reisen gemessen.

Die Ortsgruppen haben den nunmehr geltenden Tarifvertrag nebst Lohnabkommen erhalten. Allen Mühlenarbeitern ist derselbe umgehend zuzustellen. Der Müllerinnungsverband muß sich nun mit diesen Tatsachen abfinden. Ein monatelanger Kleinkrieg ist günstig zum Abschluß gekommen.

### Ohne Pflichten gibt es keine Rechte!

Am 31. Mai ist der 23. Wochenbeitrag fällig.

An alle Mühlenarbeiter ergeht die Aufforderung, Tarif- und Lohnabkommen zu beachten. Nichteinhaltung ist dem örtlichen Verbandsvorstand oder der zuständigen Bezirks- bzw. Gauleitung zu melden. Weiter ist notwendig Zusammenschluß aller im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Die erste Schlacht ist mit Erfolg geschlagen, jetzt gilt es das Erreichte zu halten.

Die Gauleitung hat weiter die Allgemeinverbindlichkeit beim Reichsarbeitsministerium beantragt, damit auch die eventuellen Außenleiter mit gebunden werden. Die Tarife nebst Lohnabkommen in Altona, Uetersen, Elmshorn und Kiel fallen nicht mit unter die Allgemeinverbindlichkeit.

Die gelbe Hilfe versucht in Gemeinschaft mit den Mühlenbesitzern ihre Anerkennung als „Gewerkschaft“ durchzudrücken. Ihre Judasdienste haben jedoch den Beweis erbracht, daß sie keine Gewerkschaft im Sinne der Tarifverordnung ist. P. B.

### Um den Vermahlungszwang

Das Gesetz über den Vermahlungszwang von Inlandsweizen ist bis Juli dieses Jahres befristet. Die Reichsregierung plant, dieses Gesetz um ein weiteres Jahr zu verlängern. Die Erfahrungen, die bisher mit diesem Experiment gemacht wurden, sprechen gegen eine weitere Verlängerung dieses Gesetzes.

Man muß sich tatsächlich wundern, als im vorigen Jahre das Reichsmonopol für Getreide zur Debatte stand, ständig auf das Spazierenfahren des Getreides hingewiesen wurde. Was sich aber unter den Wirkungen eines Einfuhrmonopols für Getreideerzeugnisse gezeigt haben würde, vollzieht sich nunmehr unter dem Gesetz des Vermahlungszwanges, darüber verlieren aber weder der Handel noch die Produzenten ein Wort, ganz abgesehen davon, daß unter der Wirkung dieses Gesetzes eine Umschichtung in den Konkurrenzverhältnissen der einzelnen Mühlen eingetreten ist.

### 50 prozentige Vermahlungsquote bis zur Ernte?

Loageszeitungen zufolge hat der Reichsernährungsminister die Absicht, die 50 prozentige Vermahlungsquote auch für den Monat Juni aufrechtzuerhalten, trotzdem die Müllerei dagegen die stärksten Bedenken hat. Die Aufrechterhaltung dieser hohen Vermahlungsquote soll vor allen Dingen den Zweck haben, den Weizenpreis dauernd hoch zu halten. Wird die Vermahlungsquote aufrechterhalten, so wird der Weizenpreis in Kürze die 300-Mark-Grenze erreicht haben. Die Weizenvorräte haben jedoch auch in den letzten Monaten bedeutend abgenommen, so daß in den nächsten Monaten in der Versorgung der Mülleisbetriebe Schwierigkeiten auftreten können. Dann müßte die Vermahlungsquote ganz bedeutend herabgesetzt werden, was wieder Auswirkungen an der Getreidebörse nach sich ziehen würde. Es wäre deshalb besser, die Vermahlungsquote rechtzeitig auf einen vernünftigen Stand zu reduzieren, damit diese drückenden Schwierigkeiten nicht erst auftreten können. Aber der jetzigen Regierung geht es ja ledig-

lich darum, die landwirtschaftliche Krise durch Zoll-erhöhungen und hohe Getreidepreise lösen zu wollen, ungeachtet, welche Nachteile die Verbraucherschaft und besonders die Arbeiterschaft hat.

### Ein „Muster“-Betrieb

Himmelschreiende Zustände herrschen in der Fischkonservenfabrik von E. Waldemann in Köslin. Der Geschäftsführer, ein Gewerkschaftshasser erster Klasse, kann es absolut nicht begreifen, daß die Zeit des Herrn-im-Hause-Standpunktes vorbei ist. Mit Händen und Füßen wehrt er sich gegen den Verband. Koalitionsrecht und Tarifverträge sind für ihn unbekante Begriffe.

Nachdem Lohnabkommen und Tarifvertrag abgeschlossen und diese von dem Syndikus des hiesigen Arbeitgeberverbandes unterzeichnet waren, konnte seine Wut keine Grenzen. Kürzlich wurden 50 Frauen fristlos entlassen, trotzdem die gesetzliche Kündigung im Tarifvertrag verankert ist. Es kamen aber zum größten Teil solche in Frage, die dem Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband angehörten. Er forderte sie auf, sich nach dem Volkshaus zu bemühen und sich dort Arbeit zu suchen. Ganz musterhaft hat sich dieser Gewerkschaftsfeind bei den diesjährigen Betriebsräteahlen hervorgetan. Er war bei der Abstimmung zugegen und verteilte sogar die Sitze, damit die Gegenliste keinen Sitz zu wenig bekam. Damit er bei der Betriebsrätewahl auf seine Rechnung kam, bestimmte er, trotzdem ein Betriebsrat bestand, einen Wahlausschuß. Ob die Inhaberin die Arbeiterfreundlichkeit ihres Geschäftsführers näher kennt, glauben wir kaum. Wir werden diesen Musterbetrieb näher im Auge behalten und überwachen. Sollte der Geschäftsführer es noch einmal wagen, die Arbeiter an der Ausübung des Koalitionsrechts zu hindern, wird er mit der Staatsanwaltschaft in Konflikt kommen.

Den Kollegen und Kolleginnen aber rufen wir zu: Setzt erst recht geschlossen im Verbands zusammenhalten, damit die Organisation diesen Herrn in die Schranken zurückweisen kann.

### Die Arbeitslosigkeit in unseren Berufen im April

Im April ist in der Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie nur eine ganz geringe Besserung der Arbeitsmarktlage eingetreten. Wie sehr häufig in den Berichten der Landesarbeitsämter zum Ausdruck kommt, wurde der Arbeitsmarkt besonders im Bäcker- und Fleischergerwerbe durch das zahlreiche Hinzukommen von Neuausgelernten stark belastet. So entfielen im März im Bäckergerwerbe auf je 100 offene Stellen nicht weniger als 921 (Vormonat 930) Arbeitsgesuche; vermittelt wurden 3612 (3553) Stellen; die Zahl der Arbeitsgesuche hat sich von 33 935 auf 34 620 erhöht! — Im Fleischergerwerbe betrug die Andrangsziffer (Arbeitsgesuche auf je 100 offene Stellen) sogar 1593 (1617); vermittelt wurden 1047 (947) Stellen; insgesamt wurden hier 17 105 (15 748) Arbeitsgesuche bzw. Arbeitslose festgestellt.

Unter den Verbandsmitgliedern ist die Zahl der Arbeitslosen nur von 18 831 auf 17 928 und die der Kurzarbeiter von 12 034 auf 10 200 gegenüber dem Vormonat zurückgegangen. In welchem Umfange hieran die einzelnen Industriegruppen beteiligt sind, geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Industriegruppe	Arbeitslos		Kurzarbeit	
	März	April	März	April
Süßwarenindustrie . . .	4 890	4 944	6 639	6 153
Bäcker und Konditoren	4 130	4 040	523	451
Getränkeindustrie . . .	3 724	3 311	1 757	1 325
Fleischer . . . . .	2 503	2 326	1 275	886
Müller . . . . .	2 113	1 835	1 204	890
Böttcher und Weinläufer	1 471	1 472	636	495
Insgesamt . . . . .	18 831	17 928	12 034	10 200

### Bezirkskonferenz Brandenburg, Kottbus

Am 25. Mai tagte in Berlin eine Konferenz der Bezirke Brandenburg und Kottbus, an der außer den Vertretern des Verbandsvorstandes und der Gauleitung 41 Delegierte und viele Gäste aus den Ortsgruppen teilnahmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beglückwünschte Gauleiter Kollege Jung-hans den anwesenden Kollegen S o d a p p, der vor genau 35 Jahren zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin des damaligen Brauerverbandes gewählt wurde und seit dieser Zeit trotz der Wandlungen innerhalb der Organisation dieses Amt beibehalten hat.

Die Konferenz nahm als ersten Punkt der Tagesordnung ein Referat des Kollegen Eggert vom Vorstand des UGB über „Wirtschaftskrisen und Wirtschaftspolitik“ entgegen. Redner stellte einanges seiner Ausführungen fest, daß die

Wirtschaftskrisen untrennbar mit dem heute herrschenden privatkapitalistischen Wirtschaftssystem verbunden sind, und daß sich trotz der verschiedenen Ansätze zu einer anderen, vernünftigeren Wirtschaftsform die Krisen mit ihren üblen Begleiterscheinungen noch nicht vermeiden lassen. Die Hauptursache der jetzigen Krise sei auf die durch die Agrarkrise verursachte verfehlte Wirtschafts- und Zollpolitik zurückzuführen. Treffend konnte er nachweisen, daß sich um die Summen, um die sich die Waren durch die Zölle verteuern, die Inlandskaufkraft sinkt und damit die Absatzkrise und Arbeitslosigkeit steigert. Auch die Unternehmerorganisationen tragen durch die von ihnen künstlich hochgehaltenen Preise ein gut Teil Schuld an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Allein im Hinblick auf diese einseitige Preisfestsetzung sei die von den Gewerkschaften geforderte Demokratisierung der Wirtschaft eine unbedingte Notwendigkeit.

Eggert fordert zum Schluß seiner Ausführungen, daß durch die Vergabung der Aufträge öffentlicher Betriebe die Konjunktur mehr als bisher beeinflusst werden muß.

Diesen mit großer Aufmerksamkeit entgegen genommenen Ausführungen folgte der Tätigkeitsbericht für den Bezirk Brandenburg, den Kollege Jung h a n s und für den Bezirk Kottbus der Kollege G a u ß erstattete. Beide stellten fest, daß die geschädigten mäßlichen Wirtschaftsverhältnisse sich auch in diesen Bezirken unliebsam bemerkbar gemacht haben. Lediglich in den Brauereien liegt die Situation etwas erträglicher. Ueber das Organisationsverhältnis konnten sie trotzdem Günstiges berichten. Sie konnten aber nicht umhin, gleichzeitig festzustellen, daß noch viel Arbeit geleistet werden muß, um die der Organisation noch fernstehenden Berufsangehörigen dem Verbands zuzuführen.

Kollege H e j s c h o l d referierte über „Die Aufgaben des nächsten Verbandstages“. Nach einem kurzen Rückblick auf die Entstehung der Organisation und einer Würdigung der von dem ersten Verbandstag beschlossenen Invalidenunterstützung sprach er die Erwartung aus, daß der kommende Verbandstag in erster Linie der inneren Festigung und dem weiteren Ausbau der Organisation diene. Daneben werde eine Anzahl sozialpolitischer Fragen, die in der letzten Zeit sich besonders brennend bemerkbar gemacht haben, behandelt werden müssen. Die Debatte, die sich an diesen Ausführungen anschloß, war kurz und von größter Sachlichkeit und brachte manchen beachtlichen Hinweis.

Kollege Jung h a n s schloß die Konferenz mit dem Wunsche, in der Agitation nicht zu erlahmen, um das Ziel, 200 000 Mitglieder zu mustern, noch im Laufe des Jahres zu erreichen.

beschäftigt werden, die bei flauem Geschäftsgang und Arbeitswechsel in andere Industrien übergehen. Nicht leicht sind die in Schlachthöfen beschäftigten Lohn-, Stück- oder Kopfschlächter zu gewinnen, die zumeist ältere verheiratete Leute sind, sowie die bei Engros-schlächtern beschäftigten Gesellen. Bei ersteren besteht noch vielfach die Auffassung, daß sie nicht Arbeitnehmer, sondern selbständige Gewerbetreibende seien, ein Irrtum, der durch höchstinstanzliche Urteile und Entscheidungen längst geklärt ist. Bei letzteren ist zumeist das „interne harmonische“ Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Hindernis. Allgemein wirkt die zünftlerische Veranlagung bei der Mehrzahl der Fleischergesellen noch hemmend, sich freigewerkschaftlich zu organisieren. Hat aber die gewerkschaftliche Ueberzeugung erst Wurzel gefaßt, dann zeigt sich auch die Gewerkschaftstreue.

Bei der Ausdehnung des früheren Fleischerverbandes über etwa 150 Orte im Reiche und der verhältnismäßig geringen Zahl angestellter und ehrenamtlicher Funktionäre erscheint es verständlich, daß das Organisationsverhältnis sich nur langsam vorwärts bewegte. Die Hoffnung, im neuen Verband mit seiner Ausdehnung auf jetzt fast 2000 Orte und mit seinem großen Verwaltungsapparat an angestellten und ehrenamtlichen Funktionären ein weit besseres Fortkommen zu erzielen, hat nicht getäuscht. Bisher ist es unaufhaltsam vorwärts gegangen.

Die monatlich eingehenden Fragebogen wiesen für Mai 1928 insgesamt 16 844, darunter 2700 weibliche Mitglieder aus. Die Zahl stieg bis Ende 1928 auf 18 967, darunter 2826 weibliche Mitglieder. Im Jahre 1929 stieg die Mitgliederzahl langsam von Monat zu Monat, so daß Ende 1929 laut vierten Quartalsbericht 21 487 Mitglieder, davon 17 706 männliche, 3378 weibliche und 403 jugendliche (Lehrlinge) registriert werden konnten. Das sind 12 Proz. von den 179 067 Mitgliedern des Verbandes. Die Zunahme von Mitgliedern betrug im Verband von Ende Mai 1928 bis Ende 1929 25 751. Die Fleischerektion ist daran somit mit 18 Proz. beteiligt. Das 1. Quartal 1930 weist 21 119 Mitglieder mit 3133 weiblichen aus. Der Rückgang von 368 Mitgliedern, darunter 240 weiblichen, ist hauptsächlich auf den schwächeren Geschäftsgang in der Fleischwarenindustrie und in der Darmbranche zurückzuführen. Doch hat sich inzwischen wieder ein Aufstieg bemerkbar gemacht.

Die erfreuliche Entwicklung der Fleischerektion verteilt sich aber nicht auf alle Bezirke und Ortsgruppen. Anerkennenswert und vorbildlich wird in vielen Orten gearbeitet, wie die Zusammenstellung nach Sektionen und Ortsgruppen zeigt. Von da rührt der Aufstieg der Mitgliederzahl und auch die tariflichen Erfolge. Dagegen zeigen andere Gruppen gar keinen Zuwachs. Man könnte in den Glauben versetzt werden, daß es in vielen, selbst größeren Orten, überhaupt kein Fleischpersonal gäbe. Das wäre ein Köhlerglaube. Selbst in den kleinsten Orten gibt es Fleischergesellen, Lehrlinge und Verkäuferinnen. Schließt man die Angehörigen und näheren Verwandten der Unternehmer aus, weil diese kaum für uns zu gewinnen sind, so bleibt noch immer eine sechsstellige Zahl organisationsfähigen Personals übrig.

Die Betriebszählung vom Jahre 1925 weist nach, daß in Fleischereien, Fleischwarenindustrie und Schlachthöfen 120 254 (darunter 4942 weibliche) gewerbliche Arbeiter beschäftigt waren, davon 102 552 Fleischer und Wurstmacher, Lehrlinge einbezogen. Die Verkäuferinnen sind den 9730 Angestellten zugezählt worden. Es dürften etwa 8000 Verkäuferinnen

in Fleischereien in Frage kommen. Ausgenommen die Verkäuferinnen in Konsumfleischereien. Das Fleischereihandwerk umfaßte 1926 allein 84 392 Betriebe mit 56 946 Gesellen und 38 214 Lehrlingen. Die Betriebe gliedern sich in 82 577 Kleinbetriebe, darunter 50 000 ohne Gesellen, 1561 kleinere Mittelbetriebe, 170 größere Mittelbetriebe und 84 Großbetriebe. Nach den Beschäftigten gestaffelt zeigt sich folgendes Ergebnis:

Kleinbetriebe und Lehrlingsbetriebe	49 681	= 59 %
Betriebe mit 1 Gesellen	25 089	= 30 %
" " 2-3 Gesellen	7 807	= 9 %
" " 4-10 Gesellen	1 561	= 2 %
" " über 10 Gesellen	254	= — %

Auf je 100 Betriebe entfallen 67,5 Gesellen und 15,3 Lehrlinge, auf 100 Gesellen 6,7 Lehrlinge.

In der Fleischwarenindustrie sind 300 Fleischwarenfabriken mit 19 500 Beschäftigten vorhanden. Diese gliedern sich in gelernte Arbeiter = 51,7 Proz., Lehrlinge = 1,6 Proz., Angelernte = 13 Proz., Ungelernte = 12,4 Proz., Arbeiterinnen = 21,3 Proz. Die Mehrzahl der Beschäftigten besteht demnach aus gelernten Kräften. Diese Betriebe verteilen sich auf Großstädte, mittlere und kleinste Orte.

Nicht außer acht zu lassen sind die im Wirtsmehrgewerbe, in Konsumfleischereien, in Warenhäusern mit Fleischverkaufsstellen, im Hauschlächtergewerbe und im Kopschlächtergewerbe organisationsfähigen Beschäftigten, deren Zahl zwar nicht feststeht, aber nicht gering ist.

Allein im Fleischergewerbe und in der Fleischwarenindustrie waren 1926 122 660 gewerbliche Beschäftigte vorhanden. Zugerechnet die im Wirtsmehrgewerbe, in Warenhäusern, im Hauschlächter- und Kopschlächtergewerbe gewerblichen Beschäftigten, dürfte die Zahl der noch zu Organisierenden annähernd 100 000 betragen, wobei die Mitglieder der Fleischerektion sowie die im näheren Verwandtschaftsverhältnis zum Betriebsinhaber stehenden in Abzug gebracht sind. Das ist noch ein weites ausgiebiges Agitationsfeld. Es zu bearbeiten, ist die ehrenvolle Aufgabe aller Funktionäre und Mitglieder. Der Erfolg wird sich um so größer auswirken, je intensiver die Werbung betrieben wird.

### Neue Steuerpläne

Die vor einigen Wochen beschlossenen neuen Steuern beginnen sich gerade auszuwirken, und schon trägt sich das Bürgerblutkabinett mit neuen Steuerplänen. Die von der Regierung nochmals in Aussicht gestellten Steuererhöhungen werden von ihr nicht nur mit dem Minderertrag von Steuern, der im April mit 47 Millionen Mark hinter den erwarteten Einnahmen zurückbleibt, sondern auch mit der katastrophalen Arbeitslosigkeit, die entgegen allen Erwartungen auch im Sommer die Millionengrenze nicht unterschreiten wird, begründet. Neben den Summen, die für diese Zwecke benötigt werden, bereiten auch die Millionen, die für die sogenannte Osthilfe verwendet werden sollen, erhebliche Kopfschmerzen. Wie aber aus dem Kampf, der augenblicklich um die Arbeitslosenversicherung tobt, ersichtlich ist, scheint die Regierung viel eher bereit zu sein, die Millionen für die Agrarier nutzlos zu opfern, als die berechtigten Zuwendungen für die Arbeitslosen zu erhöhen. Auch der Reichswehretat erhält 40 Millionen Mark mehr Zuwendungen, die auf der anderen Seite den Geldern für soziale Zwecke gekürzt werden.

Ansichts dieser von der breiten Masse des Volkes nicht verstandenen Finanzpolitik stoßen die in der

## Entwicklung der Fleischersektion

Beim Zusammenschluß der vier Verbände am 1. April 1928 wies die Fleischerektion einen Mitgliederbestand von 16 713 auf, und zwar 13 715 männliche, 2611 weibliche und 387 jugendliche Mitglieder. Die Agitation in diesem Beruf ist von jeher mit besonderer Schwierigkeiten verbunden, besonders im Lendenfleischergewerbe, woselbst der Kost- und Logiszwang das Hauptübel ist. Auch wird hier in der Mehrzahl jüngerer Personal beschäftigt, dem der Gewerkschaftsgedanke noch fremd ist. Eine große Fluktuation erfolgt durch den Stellenwechsel und den damit verbundenen Wohnungswechsel und auch Ortswechsel. In der Darmbranche zeigt sich ebenfalls eine Fluktuation, da hier vielfach jüngere Arbeiterinnen

## Zwanzig Jahre Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditorenbewegung

Von Felix Weidler.

Unser Verbandsleiter Kollege Felix Weidler arbeitet seit dem Zusammenschluß zur Einheitsorganisation an dem Schlüsselwerk der Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditorenbewegung. Seiner in ihm schimmernden Energie war es möglich, in dieser kurzen Zeit ein zweibändiges Werk, 850 Seiten umfassend, fertigzustellen. Wenige Tage nach seinem 70. Geburtstag konnte er uns im prächtigen Schmuck den 1. Band überreichen. So hat unter immer noch junger alter Freund der Verbandsgemeinschaft ein Geschenk vermacht, die es nur dann zu würdigen weiß, wenn sie den beiden Bänden auch einen Ehrenplatz in ihren Privatbibliotheken sichert.

Bestellungen auf die Geschichte nehmen alle Ortsgruppen, sowie unser Verlag entgegen. Vorrat dieser kurze Vorbericht:

Als Anfang 1928 der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter entstand, haben vorher die Leitungen der zugehörigen Berufsorganisationen es nicht verstanden, dafür zu sorgen, daß die zurückliegenden Jahre der Bewegung festgehalten wurden; es sollte Geschichte geschrieben und der Kollegenchaft der Beredung, die Taten und Erfolge ihres bisherigen Verbandes bis zu seinem Uebergang in die neue Organisationsform vor Augen geführt werden.

Für den „Denag“ kamen hierbei nur noch die beiden letzten Jahrzehnte in Betracht, denn ein Werk über

die „Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung“ für die Zeit von der Verbandsgründung an bis zum Jahre 1908 lag bereits vor. Diese zweibändige „Bäckergeschichte“, vom damaligen Verbandsvorsitzenden D. Ullmann geschrieben, ist 1910 erschienen; mit ihrer Fortsetzung bis zum Jahre 1928 wurde der Redakteur Felix Weidler beauftragt.

Das neue Werk besteht ebenfalls aus zwei Bänden; sie bringen 850 Seiten Text und eine große Zahl Abbildungen in Kunstdruck, darunter mehrere farbige. Die beiden Hauptabschnitte des ersten Bandes behandeln: „Von 1909 bis zum Ausbruch des Weltkrieges“ und „Von Kriegsbeginn bis Kriegsende“. In einer „Einführung“ wird aber auch eine orientierende Zusammenfassung der vor 1909 liegenden Verbandsjahre gegeben. Das war notwendig, weil die erste „Bäckergeschichte“ im Buchhandel heute nicht mehr zu haben ist; dem neuen Werke mußte also jetzt als Ergänzung ein Umriss der Gründung des Verbandes und seiner ersten Lebensjahre vorangestellt werden.

Die Ereignisse von 1909 an sind sehr gründlich behandelt worden. Großen Wert hat der Verfasser vor allem auf die Kämpfe um die Hebung der sozialen Lage der Kollegenchaft gelegt und wir finden deshalb schon für die Vorkriegszeit neben den Schilderungen der zahlreichen eigenständigen Lohnbewegungen, in besonderen Abschnitten eingehend das mühsame Ringen bezandelt, das um die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges im Hause des Meisters, um den

sechsendreißigtündigen Ruhetag in jeder Woche und um die Verkürzung der Arbeitszeit ging und lange Jahre der Verbandsarbeit ihren besonderen Charakter verlieh. Interesse wird ferner die ganze Entwicklung des Genossenschaftstarijs und die ersten großen Vorstöße, die die Organisation in der Süßwarenindustrie unternahm, finden. Nicht angenehm, aber notwendig war es auch, daran zu erinnern und nachzuweisen, wie schwer es gerade den Bäckern und Konditoren geworden ist, ihrer Organisation bei den Innungen und Großunternehmern überhaupt erst Anerkennung zu verschaffen und wie oft der Verband sich obendrein mit den Gelben und anderen gegnerischen Organisationen herumzuschlagen hatte.

Im Abschnitt „Von Kriegsbeginn bis Kriegsende“ werden den älteren Kollegen zuerst noch einmal die aufregenden Tage der ersten Kriegszeit, die sofortige Stilllegung all unserer Aktionen, die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen der Verbandsleitung, dann die sich überstürzenden, auch in die ganzen Arbeitsverhältnisse tief eingreifenden Verordnungen für den Backbetrieb in Erinnerung gerufen; der Leser erlebt aber auch noch einmal, welche Ueberraschung und welchen Subei es in den Reihen der Kollegen auslöste, als unter diesen Verordnungen das Nachtbäckerverbot erchien!

Alle diese Umwälzungen und ihre Rückwirkung auf unsere Organisation haben also im ersten Bande eine ausführliche Darstellung gefunden; abschließend bringt er noch eine Anzahl Feldpostbriefe von Mitgliedern, besonders solchen, die in Feldbäckereien

Öffentlichkeit bekanntgewordenen Steuerpläne nicht gerade auf besondere Zustimmung. Soweit bekannt ist, soll das von der Sozialdemokratie schon bei früherer Gelegenheit geforderte Notopfer feste Form angenommen haben. Es sollen jedoch nicht die finanziell leistungsfähigen Personen, sondern nur die Festbesoldeten davon betroffen werden. Weiter ist geplant, o. Kontingentierung der Zigarettenfabrikation zu verlangen und die Zigarettensteuer zu erhöhen. Auch der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung soll erhöht werden. Aber nicht, wie die Gewerkschaften es schon lange forderten, in einer Höhe von 2 Proz., sondern die Erhöhung soll ein ganzes Prozent betragen. Daneben ist ein rigoroser Abbau der Versicherungsleistung in Aussicht gestellt.

Auch eine Biersteuererhöhung fehlt nicht in diesem neuen Steuerbulet. Es wurde erwogen, die Biersteuer auf 75 evtl. auch auf 100 Proz. des ursprünglichen Satzes zu erhöhen, das heißt, die am 1. Mai in Kraft getretene Biersteuererhöhung von durchschnittlich 45 Proz. soll auf 75 oder gar auf 100 Proz. aufgerundet werden.

Die hier widergegebenen Steuerpläne haben allerdings noch keine feste Form angenommen, sie sind bisher in den einzelnen Ministerien nur erörtert worden. Es ist jedoch sehr gut möglich, daß sie ernsthaft diskutiert werden. Dazu möchten wir heute schon erklären, daß der Plan, die Biersteuer nochmals zu erhöhen, auf den entschiedensten Widerstand der Arbeiterschaft stoßen wird. Schon die letzte Biersteuererhöhung hat nach den bis jetzt vorliegenden Berichten verschiedentlich infolge Abschrückung durch Bierpreiserhöhungen zu Arbeitseinschränkungen in den Brauereien geführt. Teilweise wurden sogar Entlassungen in Aussicht gestellt. Die Brauereiarbeiter lehnen es entschieden ab, die Opfer verfehlter Finanzpolitik zu sein.

### Herstellung von Eisbomben keine Notstandsarbeit

Wir mußten uns wiederholt mit der Konditorei Telschow, Berlin, beschäftigen. Kürzlich stand wiederum der verantwortliche Leiter dieser Firma vor den Schranken des Gerichts wegen ständiger Uebertretung der Sonntagsruhe, nach der bekanntlich nach den gesetzlichen Bestimmungen an Sonntagen keine Waren hergestellt werden dürfen. Trotzdem läßt dieser Betriebsleiter Sonn- und Feiertags regelmäßig Gehilfen und Lehrlinge zur Fertigstellung von Eis- und Cremespeisen arbeiten.

Das Amts- und Landesgericht fanden, daß alles in Ordnung sei und beriefen sich dabei auf den § 105c, Absatz 4 der Gewerbeordnung, der sonntägliche Arbeiten gestattet, wenn diese zur Verhütung des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen erforderlich sind. Auf die vom Staatsanwalt eingelegte Berufung entschied das Kammergericht die Zurückverweisung an die zweite Instanz mit der Begründung, daß es gerade im Willen des Gesetzgebers gewesen sei, die sonntägliche Herstellung leichtverderblicher Waren zu verhindern. Der § 105c, der für den Sonntag Ausnahmen zuläßt, hat nur Notstandsarbeiten im Auge. Die Herstellung von Eisbomben und die Arbeiten, die zu deren Herstellung erforderlich sind, können nicht als Notstandsarbeiten betrachtet werden.

Was machte nunmehr das Landgericht, das an diese Entscheidung gebunden war? Es verurteilte den Beklagten zu der lächerlich geringen Geldstrafe von 10 Mk. Damit ließ das Gericht durchblicken, daß es mit der Ent-

scheidung des Kammergerichts nicht einverstanden war. Diese hier offensichtlich getriebene Sabotage gegen eine endgültige Gerichtsentscheidung sollte doch endlich die maßgebenden Instanzen veranlassen, Ordnung zu schaffen. Wer kann unter solchen Vorgängen noch Respekt vor der Rechtsprechung haben, wenn wissentlich getriebene Sabotage gegen den Arbeiterschutz noch mit Unrechtsprämien prämiiert wird.

Ist es nicht aufreizend, wenn sich in der Zeit der großen Not und wirtschaftlichen Verelendung breiter Volksschichten Unternehmungen finden, die mit allen Mitteln unbedingt entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Bekereien und hochwertige Luxusartikel an den Sonntagen herstellen und sich auf eine gesetzliche Bestimmung berufen, daß diese Arbeiten zur Erhaltung leichtverderblicher Waren erforderlich seien.

In nächster Zeit wird eine große Konditorfachausstellung stattfinden, wobei die neuesten technischen Errungenschaften vorgeführt werden. Was nützt aber der technische Fortschritt, wenn selbst die kapitalstärksten Unternehmungen nach dem alten Schlandrian weitermühen?

### Sie spotten ihrer selbst . . . !

Mit frischem Mut steuern nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung ganz besonders die Kreise im Handel und im Handwerk auf einen Abbau der ihnen so verhassten Sozialgesetzgebung hin. Es ist deshalb von Interesse, daß ein angesehenes Blatt des Handwerks dieser Tage eine geharnischte Forderung auf Abbau der Sozialgesetzgebung an die Regierung Brüning brachte und unter dem Strich „Junghandwerk, dent daran!“ die Notwendigkeit der Sozialgesetzgebung, wenn auch unbeabsichtigt, selbst darlegte.

Wir lesen: „Vor einigen Tagen wurde in einer nordwestdeutschen Stadt der fünfzigjährige Handwerksmeister K. mit seiner Frau erhängt aufgefunden. Das Ehepaar hat diese Verzweiflungstat aus Sorge um das tägliche Brot begangen. Am gleichen Tage wurde in einer mitteldeutschen Stadt der 58jährige Holzschneider Peters begraben. Er war verhungert. So lauten Zeitungs Meldungen. Latonisch, kurz — das Getriebe des Alltags rast — Tempo, Tempo. Zwei Sätze, so erschütternd inhaltsreich, spiegeln sie doch die Tragödie eines Berufsstandes, der trotz aller Not und Bitternis noch heute zu den stärksten Stützen des Staates gerechnet werden muß. Handwerk in Not! Drei inhaltschwere Worte, die einem jeden unter uns zu denken geben sollen.“

Ein fünfzigjähriger Handwerksmeister hat mit seiner Ehefrau den freiwilligen Tod gesucht. Der Meister, fleißig und geschickt, hatte vor dem Krieg ein gutgehendes Geschäft. Als er aus dem Kriege zurückkehrte, machte er sein Geschäft wieder auf — aber inzwischen hatte sich vieles geändert. Unendliche Mühe kostete es ihm, sein Geschäft wieder auf die Höhe zu bringen, daß er von den Einnahmen mit seiner Frau ein bescheidenes Leben führen konnte. Als die Inflation kam, ging der Rest des Vermögens verloren, er erhielt keine Kredite mehr, und die Abzahlungsgeschäfte lockten die Kunden an sich. Er mußte seine beiden Gehilfen entlassen und arbeitete selbst Tag und Nacht. Als es trotz allem nicht mehr weiterging, versuchte er Umstellung in Möbelfabriken zu erhalten, aber man sagte ihm, daß man ein Ueberangebot an Kräften habe und außerdem — Leute in solchem Alter könne man nicht mehr einstellen! Von der Innung erhielt der „alte Mann“ eine Unterstützung, die jedoch noch nicht zur Miete reichte. Er mußte den Laden und die Werkstatt auf-

geben; durch Gelegenheitsarbeit versuchte er, wenigstens den Wiffen tägliches Brot zu erwerben. Die Verhältnisse, die völlige Ausichtslosigkeit der Zukunft zermürbten den noch immer rüstigen Mann, und — die Tragödie fand ihren Abschluß durch eine Zeitungsmeldung: . . . aus dem Leben geschieden . . .

Tragödie eines Menschen, der von den Verhältnissen völlig ruiniert, arbeitswillig — aber doch nicht arbeiten durfte. Vielleicht verlohnt es sich nicht, die Geschichte dieses Meisters, der ein so unbürgerliches Ende fand, so ausführlich zu erzählen — wenn dieses Schicksal nicht charakteristisch wäre für einen ganzen Berufsstand. Nicht immer ist das Ende ein so tragisches, aber der Leidensweg ist in vielen tausend und aber tausend Fällen der gleiche. Die meisten von den alten deutschen Handwerksmeistern sind still, machen nicht viel Aufsehen von ihrer Not. Oft sterben sie, weil es zum Essen nicht langte, still, wie sie gelebt haben. Aber dann, wenn einer in einer Verzweiflungstat seinem Leben ein Ziel setzt, dann lassen die Zeitungsmeldungen uns schlaglichtartig hinter die Sorgenwand schauen.

Treffen diese Worte nicht in vielen tausend Fällen mehr auf die Arbeiter zu? Wird aber nicht gerade in Kreisen des Handwerks sehr oft die Behauptung aufgestellt, die Arbeitslosen wollen nicht arbeiten? Ist es nicht gerade das Handwerk, das jährlich Tausende von Lehrlingen neu einstellt ohne sich um das spätere Schicksal der Ausgelernten zu kümmern? Ist das nicht gerade das Handwerk, das fast nur jüngere Arbeitskräfte, meist unverheiratete, beschäftigt?

Ja, sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie!

### Chaotisches Zeitbild

Unsere Lebensgeister aus dem schlaffen Zustande herauszureißen, dem sie leicht anheimfallen können, wenn sie nicht durch eine frische und lebhaftere Bewegung angeregt werden, darf wohl als eines jeden Aufgabe betrachtet werden. Geschieht das, so erwacht der Geist wie aus einem Traum. Das Blut fließt rascher, die Stimmung wird gehoben, und der ganze Mensch erwirbt eine Kraft, über die er in seinen einsamen und ruhigen Stunden nicht verfügt. Er kommt sich als zur schaffenden Welt gehörig vor, und dieser Glaube hat eine starke, lebensbejahende Wirkung.

Arbeit suchen und solche finden, ist ein Kapitel für sich. Die Stellung suchenden Arbeiter müssen furchtbar seelisch leiden, und ein Leiden solcher Art kann ruhig als das schlimmste unter den Krankheiten bezeichnet werden; denn innerlich frißt es immerzu, wobei nichts Gutes herauskommt, sondern im Gegenteil immer etwas haften bleibt.

Wir müssen mit jenen sympathisieren, die leiden. In einer Kulturwelt darf man unter keinen Umständen Verzicht leisten auf höhere Gefühle der wahren Herzensliebe und wahren Freundschaft. Diese Seelendinge gehören zum kulturellen Sein, und wir müssen stets beseelt sein, unser Tun regelmäßig zu beleuchten, unser Leben so zu leben, daß es auf guter gerechter Grundlage ruht; denn natürliches Denken und Handeln schreibt dem Menschen sein Innerstes vor. So verschiedenlich wie manche persönliche Einstellung auch sein mag, so gilt es erst recht, der Wahrheit alle Ehre und Platz zu machen. Ja, lebten wir in diesem Geiste, könnten wir dem Symbol „Sei Mensch“ erst voll und ganz gerecht werden.

Es ist auffallend, daß leider nur allzu viele Emporkömmlinge vergessen haben, wo sie herkamen, und diese sind mitunter noch so bashaft, wenn sie auf Grund ihrer durchaus nicht abzuschätzenden Fähig-

standen. Sie sollen unseren Jüngeren von heute ein Beispiel geben, wie innig verbunden sich die Kollegen auch im Kriege mit ihrem Verbände fühlten, wie sie sich selbst in Not und Gefahr noch für keinen Wiederaufbau verantwortlich hielten. Diese Briefe und rund ein Duzend Abbildungen von Feldbäckereianlagen übermitteln außerdem einen Begriff von diesen Arbeitsstätten und von den Arbeitsverhältnissen, denen Tausende unserer Kollegen oft jahrelang unterstellt waren.

Der zweite Band, der die Bewegung „vom Kriegsende bis zur Errichtung des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter“ umfaßt, wird das selbe starke Interesse des Lesers finden wie der erste! Den beispiellosen Umsturz, den die Gewerkschaftsbewegung mit durchmachen mußte, die Umstellung der Organisationsarbeit zurück auf den Friedenszustand, die Einreihung der Heimkehrer, der plötzliche Aufstieg des Verbandes, die einlegenden Spaltungstendenzen, dann die fürchterliche Zertrümmerung des Klassenweijens durch die Inflation und der Wiederaufbau — kurz alles was in den ersten Nachkriegsjahren auf Kollegenschaft und Verband einstürzte, soll hier jeder, der es mit erlebt hat, noch einmal in geschlossener Darstellung überblicken können! Und über allem, was diese Zeit sonst noch brachte und was materiell geschieht, in den einzelnen Abschnitten festgehalten wurde: die wieder einsetzenden Lohn- und Tarifbewegungen in Privat- wie Genossenschafts- und

Reichsbetrieben, der Aufbau des Reichstarifwesens in der Süß-, Back- und Teigwarenindustrie, die intensive Arbeit auf dem Gebiete des Jugendschutzes, unsere Bildungsarbeit usw. usw., über allem steht wieder unser großer Kampf um das dauernde Nachtbäckerverbot und um die Sonntagsruhe im Bäcker- und Konditorgewerbe, der nach dem Kriege nun schließlich zum Drehpunkt der ganzen Verbandsarbeit geworden war. War es notwendig, schon im ersten Band den organisierten Angriff der Großbäckereien auf das Nachtbäckerverbot in allen seinen Einzelheiten festzuhalten und unsere ständige Gegenwehr nachzuweisen, so erst recht für die Zeit nach dem Kriege, weil bedauerlicherweise auch maßgebende Faktoren der allgemeinen Arbeiterbewegung zeitweise unser Vorgehen nicht voll verstanden und bis zur besseren Einsicht uns ihre Unterstützung verweigert haben. Unsere Verbandsgeschichte soll also jetzt durch Beibringung und Zusammenstellung des Gesamtmateriales jedem noch einmal Gelegenheit geben, nachzuprüfen, ob der „Bäckerverband“ berechtigt und den gegebenen Umständen nach auch verpflichtet war, den Kampf für das dauernde Nachtbäckerverbot und für die Sonntagsruhe so rücksichtslos zu führen, wie er geführt wurde.

Auch „Der Weg zum Industrieverband“ mußte in der Verbandsgeschichte selbstverständlich von den ersten Anfängen an in allen seinen Kurven bis zum errichteten Ziel durchgegangen werden. Wenn in dieser Abhandlung nicht jede Unebenheit, die auf

der langen Wegstrecke hervortrat, vermerkt wurde, so ist doch Berg und Tal registriert worden; es hat lange gedauert, ehe alle Steine aus dem Weg geräumt waren und das in unserer Geschichte gegebene Bild mußte recht wechselreich geraten.

Zum Abschluß des zweiten Bandes wird, soweit es in einem solchen Werke möglich ist, der treuen und der tätigen Mitarbeiter in der Organisation gedacht. Es sind Verbandsjubilare, die unbeoldeten Funktionäre in der Verbandsleitung und diejenigen Angestellten aufgeführt worden, die noch im Dienste des Verbandes standen, als die Zeit des Industrierivales gekommen war. Ein Verzeichnis der wichtigsten Daten aus der ganzen Bewegung bildet das letzte Kapitel.

Das auch buchtechnisch ganz vorzüglich ausgestattete Werk (Druck von Auer u. Co., Hamburg) gehört auf den Büchertisch jedes organisierten Kollegen! Es bringt den Bäckern wie den Konditoren und der Süßwarenarbeiterschaft in ansprechender Form und objektiver Darstellung alles Wissenswerte über die Entstehung und Entwicklung ihrer Gewerkschaft! Auch jeden anderen Berufsangehörigen bieten die beiden Bände den besten Einblick in die schwere, aber auch erfolgreiche Arbeit, die der „Denag“ in den letzten zwei Jahrzehnten geleistet hat! Darüber hinaus wird noch mancher Sozialpolitiker sein Urteil über die Zustände in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie durch das Werk erweitern können!

keiten einen höheren Posten bekleiden, mancher aber auch nur durch Protektion oder ähnliche glückhafte Vorteile einen solchen erlangte, anderen strebsamen Menschen einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Ihnen ist der Rückblick auf vergangene, längst gehellte Schmerzen angenehm, weil sie mit ihrer augenblicklichen Lage zufrieden sind. Dem steht gegenüber das Fühlen von Unbehagen vergangener Freuden, wenn ein Mensch auf alles aus Notverhältnissen Verzicht leisten muß. — Und wie unendlich viele werden davon betroffen. Es sind kluge Köpfe darunter, die ehrlich sind und manch anderen ablösen könnten!

Gespräche mit Menschen können angenehm, jedoch auch niederdrückend sein. In jedem Falle aber kann eine Unterhaltung als ein Abbild des Geistes betrachtet werden. Nach beendeter Unterhaltung entwickeln sich nun die verschiedensten Bilder, und man hat entweder, wie bereits erwähnt, eine hohe Achtung, Freude, oder aber auch ein gewisses Bedauern übrig. Letzteres wird in Anbetracht der chaotischen Zeitverhältnisse leider mehr in Erscheinung treten, ohne den im Mittelpunkt der Betrachtung stehenden weh zu tun. Dies soll den schadenfrohen Menschen, die es wohl allezeit gehen wird, überlassen bleiben. — Die nun einmal bestehende Unsicherheit auf fast allen Gebieten richtet die wahre Volksseele immer mehr zugrunde, macht unfähig im Handeln und Taten. Von dem Gesichtspunkt aus betrachtet kann es nur aufs tiefste beklagt werden, wenn die Selbstsucht eine immer größere wird zum Schaden der Nächstenliebe. Es wäre zu wünschen, wenn nicht nur einzelne Freuden und Bequemlichkeiten des Lebens genießbar könnten, sondern auch weite Schichten des Volkes in den Genuß versetzt würden. Die Schreckensgespenster: Unlust und Niedergeschlagenheit, hervorgerufen durch Arbeitslosigkeit oder auch durch schlechten Verdienst, müßten dann weichen. Doch solange noch nicht einmal ausreichende Beschäftigung für Arbeitswillige vorhanden ist, kann bedauerlicherweise auch davon noch gar keine Rede sein.

R. Tr.

### Der Mißerfolg der Prohibition

Daß das Alkoholverbot in Amerika schon seit seiner Einführung vor zehn Jahren ein Mißerfolg ist, konnten wir schon des öfteren an Hand ganz typischer Beispiele nachweisen. Einen weiteren Beweis, wie unhaltbar die Verordnungen des amerikanischen Volkes ist, brachte wiederum die Abstimmung, die von einer angesehenen wissenschaftlichen Zeitschrift Amerikas in jedem Jahr veranstaltet wird. An dieser Abstimmung haben sich über 3,7 Millionen Personen beteiligt, davon stimmten rund eine Million für die Beibehaltung des Alkoholverbots, 1,1 Million stimmten für Milderung und über 1,5 Million für die völlige Beseitigung des Gesetzes. Nunmehr liegen die Ergebnisse der Einzelstaaten vor, und es ist interessant, daraus zu ersehen, daß außer in Kalifornien und in Arkansas in keinem der Staaten eine Mehrheit für die Beibehaltung der Prohibition erzielt worden ist. Selbst in den Staaten, die bisher als vollkommen „trocken“ galten, sind Mehrheiten für Milderung und Widerruf des Gesetzes zustande gekommen. In einigen Staaten, so in New York und New Jersey, beträgt die Zahl der gegen das Gesetz Stimmenden vier Fünftel und mehr.

Doch nicht allein diese Abstimmung ist kennzeichnend für die augenblicklich herrschende Stimmung. Die „National Economic League“, eine Vereinigung, der die Spitzen der regierenden Klasse angehören, hat ihre Mitglieder aufgefordert, diejenige Frage oder Aufgabe zu bezeichnen, die sie als die augenblicklich wichtigste betrachten. Das Ergebnis dieser Umfrage war, daß die Frage über die Handhabung der Justiz von den meisten Mitgliedern als die wichtigste bezeichnet wurde. Gleich an zweiter Stelle kommt jedoch die Prohibition, an dritter Stelle Gesetzlosigkeit und Mißachtung aller Gesetze, dann die Frage über die Verbrechen und die Gesetzesdurchführung. Betrachtet man sich diese Fragen genau, dann ist unschwer zu erkennen, daß sie alle eng zusammenhängen.

Soweit die beiden hier angeführten Beispiele erkennen lassen, wird es nicht ausbleiben, daß in gar nicht allzu ferner Zeit eine Abänderung des jetzigen Zustandes herbeigeführt wird.

### Arbeiterwirtschaftsschule Peterswaldau

Nützen im Bezirk der Textilindustrie Schlesiens liegt Peterswaldau. Ein Dorf mit einer hochentwickelten Textilindustrie, das 8000 Einwohner zählt, hier hat die Arbeiterwirtschaftsschule ihr Heim aufgeschlagen. Arbeiter und Angestellte Schlesiens und darüber hinaus, nehmen hier Unterricht. Zwei hauptsächlich angestellte Fachlehrkräfte vermitteln den Schülern Praxis und Wissen der modernen Arbeiterbewegung, Staatsbürgerkunde und Wirtschaftskunde sollen den Schülern einen Einblick in das Gerede des Staates geben. Gastreferate im öffentlichen Leben führender Personen bieten den Zuhörern

eine Fülle Anschauungsstoff. Die Probleme des Zusammenlebens der Völker werden hier anschaulich behandelt. Vor allem aber Sozialpolitik und Arbeitsrecht, zwei wichtige Faktoren des sozialen Aufstiegs der deutschen Arbeiterschaft, ganz besonders aber der schlesischen Arbeiterschaft, die sich in einer besonders schwierigen Lage befindet. Gerade die Sozialpolitik, die längst noch nicht der Arbeiterschaft das zu geben vermochte, was man von ihr verlangen könnte, ist ein Schmerzenskind. Von dem Unternehmertum aufs schärfste bekämpft, gibt sie der Arbeiterschaft einen starken Rückhalt. Das Arbeitsrecht, das den Arbeiter in seiner Existenz schützen soll vor den Härten und der Unbill der kapitalistischen Wirtschaft, bedarf noch des weiteren Ausbaues.

Die Arbeiterwirtschaftsschule Peterswaldau wird von den Richtungen der Arbeiterbewegung gestützt, die im heutigen Kampfe für die soziale Republik eine ihrer wichtigsten Aufgaben in der Mitbestimmung und im Aufbau der Wirtschaft sehen. Die Gründer der Arbeiterwirtschaftsschule, die im Osten Deutschlands als erste ihrer Art entstand, wollen nicht, daß von hier aus trodene Bürokratien in die Welt gehen, sondern freudig mitarbeitende Kräfte für die Kleinarbeit der Gewerkschaft. Arbeiter und Angestellte, die hier mit geistigem Rüstzeug versehen werden, wirken in der Folgezeit für die Umgestaltung der Wirtschaft im Sinne der Wirtschaftsdemokratie. Die Methode der Arbeit ist hier weniger Theorie, sondern hier werden unter direkter Mitarbeit der Schüler soziale, kulturelle und wirtschaftliche Fragen bearbeitet. Auch die wackrigen Fragen der ostdeutschen und schlesischen Wirtschaft und Arbeiterschaft werden einer eingehenden Betrachtung unterzogen. Hier wächst eine Generation Gewerkschafter heran, deren Kampf mit dem Unternehmertum die Arbeiter erkennen lassen wird, daß das Werk der schlesischen Arbeiterschaft auf fruchtbarem Boden gefallen ist.

F. Reiner.

### Ein Schlauer

Der Bäckermeister R. Waser in Neustadt an der Haardt bekam ein Strafmandat wegen 4-Uhr-Arbeitsbeginn in Höhe von 25 Mk. Hiergegen legte er Berufung ein mit der Begründung, daß er für die Belagungsbehörde arbeiten müsse, und daher der frühere Anfang mit der Arbeit ihn gezwungen sei. Hierauf erfolgte auch ein Freispruch. Gegen diesen Freispruch legte der Staatsanwalt Berufung ein.

Zu der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Frankenthal war ein ziemlich großes Rekrutenaufgebot vorhanden. Der Bäckergeselle, der alle bei ihm in Arbeit gehalten hatten, kamen aus, daß von 4 Uhr an erst die Ware, die Herr Waser in seinen Laden für seine Kunden brauchte, gebacken worden wäre, und erst dann für die Franzosen die Arbeit begonnen hätte.

Ein Kollege, der einmal ihm deswegen zur Rede stellte, wurde von W. dabingehend belehrt, daß, wenn es nicht wahr, der Zimmermann dort das Loch gelassen habe.

Der Staatsanwalt beantragte eine Strafe von 300 Mk., weil er hinter den Bajonetten der Franzosen verstanden, die gesetzlichen Bestimmungen des Bäckereischutzgesetzes zu umgehen.

Das Gericht verurteilte ihn zu 250 Mk. und sämtlichen Kosten.

### Tragödie eines Konditors

Vor einiger Zeit reiste nach Bremerhaven der ledige 39 Jahre alte Handl. aus Berlin in der Hoffnung, auf einem Dampfer des Norddeutschen Lloyd Stellung und Brot zu finden. Diese Hoffnung erfüllte sich aber nicht, denn auch der Andrang von arbeitslosen Bäckern und Konditoren ist bei den Dampfschiffahrtsgesellschaften in der Nachkriegszeit außerordentlich groß. Ihm erging es so, wie vielen anderen seiner Leidenskollegen. Er erhielt eine Stellung bei einem Bäckermeister in Wismünde, wo er jedoch nach kurzer Beschäftigung wieder arbeitslos wurde.

Handl. ist Schwerkranker. Er erhielt im Felde einen Kopfschuß und der Dank des Vaterlandes wurde ihm in der Weiz abgezogen, daß er keine Rente erhielt. Durch die wirtschaftlichen Misereien im Laufe der Jahre ist der Kollege sehr nervös geworden. Von den Bremer Kollegen wurde ihm nach Verlassen seiner Arbeitsstelle in Wismünde eine Stellung in Oldenburg angewiesen. Um die e Stellung antreten zu können, benötigte er vom Arbeitsamt Unterstützung, die ihm aber nicht sofort gewährt werden konnte, da er eine Nachprüfung seines Gesundes erforderlich war. Darauf zog Handl. im Arbeitsamt eine Flasche mit Salzfatz aus der Tasche und trank deren Inhalt aus. Der hundertwörtliche Kollege wurde ins Krankenhaus geschafft. Es blieb jedoch wenig Hoffnung auf Rettung.

Diese Tragödie eines durch das wirtschaftliche Elend in Verzweiflung gerathenen Mannes ist wieder ein Ausblick aus den Zuständen, die durch die große Lehrlingszuchterei entstehen.

### Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Vorbereitungen zum Verbandstag: Es wird an die pünktliche Einhaltung folgender Termine erinnert:

Spätestens am 10. Juni müssen die Bestellungen auf Stimmlisten und Wahlprotokollformulare beim Verbandsvorstand eingegangen sein.

Die Wahlleute haben Sorge zu tragen, daß die gedruckten Stimmmittel spätestens am 15. Juni in Händen der Ortsgruppenvorsitzenden sind.

Spätestens am 27. Juni müssen alle an den Verbandstag zu stellenden Anträge im Besitz des Verbandsvorstandes sein.

Die Ortsgruppenvorsitzenden haben dafür zu sorgen, daß die Vertrauensleute der Ortsgruppen angegliederten Zahlstellen spätestens am 30. Juni im Besitz der erforderlichen Anzahl von Stimmmitteln sind.

Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag erfolgt innerhalb der Zeit vom 13. bis einschließlich 20. Juli. Die Wahlzeit darf sich nur auf zwei Tage innerhalb dieser Zeitspanne erstrecken.

(Siehe Bekanntmachungen in der „Einigkeit“ Nr. 11, 15, 16 und 18.)

### Eingänge bei der Hauptkasse

Vom 18. bis 24. Mai 1930.

(Hilfskonto der Hauptkasse: Berlin 12 079, Fahrtausmittel und Gehaltsarbeiter - Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.)

#### Ortsgruppen:

- Falkenberg 65, Geisingen 80, Neubrandenburg 100, Zwickau 146, Bernigrode 26, Leipzig 3000, Wiesbaden 1000, Alenburg 300, Gütrow 200, Lagen 550, Hirschberg 180, Lindeberg 190, Pechenbach in Schleien 150, Waren 70, Eickingen 22,75, Staßfurt 300, Greifswald 350, Bitterfeld 350, Landau 100, Dresden 1000, Regensburg 30, Wien 35,80, Halle 118,12, Suttart 3891,77, Wittenburg 152,05, Dortmund 1336,80, Seelitz 200, Kiel 2000, Landshut 9, Dortmund 6949,42, Mühlitz 900, Ludwigslust 300, Marne 400, Weichenfels 800, Söck 250, Königsee 150, Mühlhausen in Thüringen 500, Neubrandenleben 151, Barchwitz 71,30, Bura bei Magdeburg 300, Merseburg 600, Steindorf 360, Storfow 91,02, Waren 70, Wittenberge 75, Demmin 100, Palsau 600, Calungen 100, Epenet 300, Chemnitz 4000, Halle an der Saale 3500.

#### Sonstiges:

- Berlin 62,16 und 43,36, Kirchhainerau 1000, Bilsdorf 9,60, Heilbronn 234,83, Leipzig 6,40, Hamburg 2,10.

### Adressenänderungen

- Friedrichstadt a. E. Vorsitzender und Kassierer Johannes Martens, Am Deich 12.
- Homburg (Pfalz). Vorsitzender Karl Salek, Deutsche Straße 61.
- Königsee. Vorsitzender Fritz Hender, Garfisch bei Königsee Nr 31.
- Lägerdorf. Vorsitzender und Kassierer Otto Mooser, Steintamp 8.
- Osnabrück. Kassierer Hannich wohnt nicht Dillinger Straße, sondern Dielinger Straße.

### Korrespondenzen

Hannover. Am 18. Mai fand in Hannover ein eigenartiges Stiftungsfest statt. Die vor einem Jahr hier gegründete gelbe Bäckergesellen-Bruderschaft feierte ihr 55jähriges Stiftungsfest. Man sieht daraus wieder, daß es diesen auch Bäckergesellen auf Bügen und Großschlauigkeit nicht ankommt. Es wurde auch ein Festbuch: „Von 1875 bis 1930 Ortsgruppe Hannover“ ausgegeben. Hoffentlich kommt darin der vor zwei Jahren wegen Schädigung unserer Kollegen von uns kaltgestellte Bucherpfennig, zurzeit 1. Vorsitzender dieses gelben Gebildes auch richtig in Erscheinung. Aus dem Programm dieses Stiftungsfestes ist ersichtlich, daß drei Bäckermeistergelangvereine gejunten haben, ebenso wurden vom Verein für Leibesübungen Hannover von einer Herren- und Damenriege turnerische Vorführungen dargebracht (in diesem Verein sind die Bäckermeisterkinder und -söhne vertreten). Des weiteren forderte der frühere Fachverein der Bäckermeisterkinder, jetziger Jungbäcker-Fachverein, seine Mitglieder auf, geschlossen das gelbe Stiftungsfest zu besuchen. Der gelbe Gustav aus Berlin sowie einige Gelben mit Fahnen aus der Umgegend waren auch vertreten. Jedoch unter den Anwesenden waren die wenigsten Bäckergesellen. Man konnte dieses daran erkennen, weil sich die Bruderschaft Hannover weiße Narrenmützen zugelegt hatte. Jeder denkende Kollege ziehe aus dieser überaus großen Freundschaft der Gelben mit ihren Arbeitgebern seine Folgerungen, indem er sich von diesem Schmarozertum abwendet.

Oranienburg. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch vergangener Woche brach abends gegen 10 Uhr in der Oranienburger Dampfmühle Feuer aus, das sich mit ungeheurer Schnelligkeit über das fünf Stockwerke hohe Mühlengebäude ausdehnte. Trotz des energischen Eingreifens der Feuerwehr wurde auch der danebenliegende Speicher von den Flammen erfaßt und ebenfalls vollständig eingeäschert. In den in dem Speicher befindlichen Getreidevorräten fand das Feuer sehr reichliche Nahrung.

Der Mensch soll nicht über seine Zeit klagen, dabei kommt nichts heraus. Die Zeit ist schlecht: Wohlau, er ist da, sie besser zu machen. Goethe.

# Sozial- und Wirtschaftspolitik

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 1. bis 15. Mai nur wenig gebessert. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger hat sich während dieser Zeit allerdings um 130 000 gemindert, doch ist die Zahl der aus der Krisenfürsorge unterstützten Arbeitslosen weiter gestiegen und die Zahl der Arbeitssuchenden hat weniger abgenommen als in der zweiten Aprilhälfte. Angesichts der außerordentlich günstigen Jahreszeit ist die Entlastung des Arbeitsmarktes außerordentlich gering.

Die Wirtschaftskrise nimmt immer bedenklichere Formen an. Wie neuerdings mitgeteilt wird, ist die Eisenproduktion im April um 23 Proz. und die Stahlwertserzeugung um mehr als 30 Proz. geringer als im April des vorigen Jahres. Diesen Nachrichten entspricht auch der Arbeitsmarktbericht für Rheinland-Westfalen, in dem mitgeteilt wird, daß die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger in diesem Jahr gegenüber dem Höchststand nur um 12 Proz., im vergangenen Jahr dagegen bis Mitte Mai bereits um über 50 Proz. gesunken ist. In elf von den dort vorhandenen Arbeitsamtsbezirken ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger seit dem Februar sogar noch gestiegen. Dasselbe, was von der Schwerindustrie berichtet wird, ist auch von der Baustoffindustrie zu berichten. Wie der Deutsche Zementbund mitteilt, sind die Verkaufsziffern von Zement im April noch niedriger als im März. Gegenüber dem Monat April 1929 ist die Absatzziffer in diesem Jahr um über 40 Proz. zurückgegangen. Allein aus diesem Bericht ist ersichtlich, daß der Baustoffmarkt, der jährlich einen großen Teil der Arbeitslosen an sich gezogen hat, zurzeit noch sehr im argen liegt. Ob er sich überhaupt in diesem Sommer soweit erholt, daß ein nennenswerter Rückgang der Arbeitslosigkeit durch ihn verursacht wird, ist recht zweifelhaft. Es hängt sehr viel von der Lage des Geldmarktes ab, die augenblicklich wohl für kurzfristige Gelder günstig ist wie noch nie in der Nachkriegszeit, die langfristigen Gelder aber nach wie vor noch einen äußerst hohen Zinsfuß aufweisen.

Das Ausnahmegesetz gegen die Konsumvereine, das kürzlich in Kraft getreten ist und das diesen 1/2 Proz. Umsatzsteuer mehr auferlegte, als den übrigen Kleinhandelsgeschäften, wird voraussichtlich wieder beseitigt werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag einen entsprechenden Antrag eingebracht, über den demnächst entschieden werden wird. Auch von Zentrumsseite wird ein derartiger Antrag, wahrscheinlich unter dem Druck der dort organisierten Arbeiter gestellt werden. Die Anhänger in der Wirtschaftspartei erheben über den Antrag ein großes Geschrei, wahrscheinlich in der richtigen Erkenntnis, daß das Gesetz fallen wird; denn daß es fallen muß, darüber sind die maßgebenden Stellen durch den ungeheuren Proteststurm, der sich in allen Orten unter den genossenschaftlichen Verbrauchern erhoben hat, nicht im unklaren gelassen worden.

Erziehungsbeihilfen sind kein Schulgeldersatz. In letzter Zeit haben sich die Fälle gemehrt, in denen städtische Schulverwaltungen dazu übergingen, Kriegerwaisen, die Reichs-erziehungsbeihilfen bekommen, keine Freistellen auf höheren oder mittleren Schulen mehr zu bewilligen. Der Reichsarbeitsminister hat deshalb, wie der Reichsbund der Kriegsbeschädigten usw. mitteilt, folgende Stellungnahme zu solchen Vorgängen eingenommen:

„Die Erziehungsbeihilfen für Kriegerwaisen beruhen nicht auf einer geschlichen Grundlage, sondern sie sind eine freiwillige Leistung des Reichs. Ihre Bewilligung und Bemessung richtet sich nach dem Bedürfnis des Einzelfalls. Die Beihilfen sollen zur Ergänzung bereits vorhandener Bezüge und Vergünstigungen dienen, haben also nur subsidiäre Bedeutung. Sie sind nicht nur zur Beibehaltung von Schulgeld, sondern ebenso zur Deckung von Nebenkosten (Bücher, Fahrgehalt, Kleider usw.) bestimmt. Der Zweckbestimmung der Erziehungsbeihilfen widerspricht es hiernach, wenn, wie es in einzelnen Städten der Rheinprovinz der Fall ist, der Bezug der Erziehungsbeihilfe zum Anlaß genommen wird, um Vergütungen anderer Art, z. B. Schulgeldbefreiung und -ermäßigung, zu schmälern und zu verlagern.“

Krankengeld darf nicht gegen Versorgungsgebühren aufgerechnet werden. Der „Reichsbund“, Organ des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten usw., veröffentlicht folgende grundsätzliche Entscheidung des Reichsversicherungsamts (Ulla. R. 462/27):

„Eine Krankenkasse ist nicht berechtigt, das einem Versorgungsberechtigten zu Unrecht gezahlte jahungsmäßige Krankengeld oder zu Unrecht gezahltes Versorgungs- hausgeld gegen Versorgungsgebühren aufzurechnen.“

In der Begründung zu diesem Urteil wird gesagt, daß in einem solchen Falle nur die Vorschriften des RVG. (§§ 68 bis 71) herangezogen werden dürften. Danach hätte die Krankenkasse nur die Möglichkeit der Pfändung, wenn sie einen Schuldtitel gegen Rückzahlungsanspruch besitze. Bereitet der Versorgungsberechtigte die Pflicht zur Erstattung und damit die Zulässigkeit der Aufrechnung, so hat das Hauptversorgungsamt als Vertreter des Reichs in seiner Eigenschaft als ZeSSIONAR der RK. im Spruchverfahren der RVG. eine rechtskräftige Entscheidung über die Erstattungs- pflicht des Versorgungsberechtigten herbeizuführen. Ebenso liegt es hinsichtlich des in Abzug gebrachten Versorgungs-

hausgeldes. Dabei ist es gleichgültig, ob die Krankenkasse den Schuldtitel selbst erwirbt oder dies dem Haupt- versorgungsamt als ZeSSIONARIN der Krankenkasse überläßt. Jedenfalls ist eine unmittelbare Aufrechnung weder für das zuviel gezahlte Krankengeld noch für das Versorgungs- hausgeld zulässig.

Der beklagten Kasse, die alle bisher dem Kläger ein- gehaltenen Beträge an Krankengeld und Hausgeld zurück- zahlen hat, muß alsdann überlassen bleiben, ihre Rück- forderungsansprüche im Spruchverfahren der Kranken- versicherung geltend zu machen und nach deren rechts- kräftiger Feststellung die Versorgungsgebühren des Klägers zu pfänden.

Die 66 größten Aktiengesellschaften. In Deutschland wurden Ende 1929 11 344 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 23,7 Milliarden Mark gezählt. Gegen- über dem Vorjahr hat sich die Zahl der Aktiengesellschaften um 346 verringert, das Kapital jedoch um 843 Millionen Mark erhöht. Weltaus mehr als die Hälfte, nämlich 59 Proz. davon verfügt nur über ein Aktienkapital von weniger als 500 000 Mark, ihr Anteil am Gesamtkapital beträgt jedoch nur 4 Proz. 34 Proz. sind mittelgroße Gesellschaften mit einem Nominalkapital von 0,5 bis 5 Millionen Mark. Sie verfügen über einen Anteil von über 24 Proz. des gesamten Kapitals. Große Gesellschaften mit 5 bis 10 Millionen Mark sind 6 Proz. vorhanden, die 35 Proz. des Gesamt- kapitalis in sich vereinigen. Aktiengesellschaften mit über 50 Millionen Mark sind nur 66 vorhanden oder 1 Proz. aller Aktiengesellschaften, deren Anteil am Gesamtnominal- kapital jedoch 37 Proz. beträgt. An erster Stelle steht die S. G. Farbenindustrie mit 1100 Millionen Mark, dann kommen die Vereinigten Stahlwerke mit 800 Millionen Mark, an dritter Stelle kommt die Berliner Verkehrsbank mit 400 Millionen Mark. Bereits die vierte Stelle nimmt eine Bank, nämlich die Deutsche Bank und die Disconto- Gesellschaft mit einem Aktienkapital von 285 Millionen ein. Verteilt auf die einzelnen Gewerbegruppen beträgt die Zahl der Aktiengesellschaften im Bergbau und Eisen- gewinnung 23, in der Wasser-, Gas- und Elektrizitäts- gewinnung 10, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie ist nur eine von diesen Mammutgesellschaften zu finden. Es ist die Schulknecht-Bogenhofer-Brauerei, deren Aktien- kapital 51 Millionen Mark beträgt.

## Genossensch. Rundschau

Der Verband bayerischer Konsumvereine hielt am 17. und 18. Mai in Lindau im Bodensee seinen Verbandstag ab. Aus der Entwicklung war zu entnehmen, daß die Mit- gliederzahl auf 196 000 gestiegen ist, der Jahresumsatz 70 Millionen Mark beträgt und die Spareinlagen sich auf 21 Millionen Mark erhöhten. Die Eigenproduktion wird durch 28 Bäckereien und Konditoreien sowie 5 Fleischereien hauptsächlich betrieben. Der Umsatz in der Bäckerei und Konditorei betrug über 11 Millionen Mark. Die Beschäftigtenzahl beträgt 340.

Von der Fleischerei wird erst im laufenden Geschäftsjahr eine Zusammenfassung gemacht. Die in dieser Abteilung beschäftigten Personen dürften heute die Zahl von 150 bereits erreicht haben. Die Referenten sprachen die Hoffnung aus, daß trotz aller Krisenerscheinungen die Konsum- bewegung aus eigener Kraft darüber hinwegkommt, wie sie auch die einzige Gruppe ist, die von der Regierung nicht subventioniert wird. Gerade deshalb wurde auch die Sonderbesteuerung durch die Erhöhung der Umsatzsteuer auf das schärfste verurteilt und diesbezügliche Abwehr- maßnahmen empfohlen. Wenn diese durchgeführt werden, dürften weder die Mittelständler noch die Regierung auf ihre Rechnung kommen. Durch einen Besuch der Vorar- berger Genossenschaften in Bregenz fand die Tagung einen harmonischen Abschluß.

Genossenschaftstag in Lübeck. Vorstand und Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine berufen den 27. ordentlichen Genossenschaftstag zum 16. bis 18. Juni nach Lübeck ein. Auf der Tagesordnung stehen außer den geschäftlichen und organisatorischen Angelegenheiten Hoch- schutzzölle, Steuerbelastung und Ausnahmesteuern, ferner die Rechtssprechung der Zivil- und Finanzgerichte gegen die Konsumvereine. Damit erhält der Genossenschaftstag in Lübeck seinen besonderen, durch die letzten gesellschaftlichen Maßnahmen gegen die Verbraucher gebotenen Kampfscharakter. Lübeck wird ein Genossenschaftstag scharfer Abwehr werden.

## Internationales

Die bezahlten Ferien in der belgischen Lebensmittel- industrie. Die belgische Gewerkschaftskommission hat die Forderung bezahlter Ferien in den Vordergrund ihres Aktionsprogramms gestellt und die einzelnen Verbände eingeladen, für diese Forderung eine intensive Agitation zu unternehmen.

In der Lebens- und Genussmittelindustrie sind bereits einige Ansätze zu bezahlten Ferien vorhanden. Ins- besondere die Genossenschaften gewähren fast durchweg Ferien zwischen 3 bis 6 Tagen im Jahr. In Brüssel haben die Arbeiter des Volkshauses 6 Tage Ferien, ebenso in der Brauerei Koekelberg und der Eisfabrik De Becke. In einer Reihe von weiteren Betrieben schwanken die bezahlten Ferien je nach den Dienstjahren eines Ar- beiters. In Tournai garantieren die Schokoladefabriken „Swissa“ und „Belgica“ sechs bezahlte Ferientage.

Die Köche, die dem belgischen Lebensmittelarbeiter- verband angeschlossen sind, haben 8 Tage bis einen Monat Ferien.

In Antwerpen werden die Ferien bezahlt in den Scho- kolade- und Zuckerwarenfabriken Martougin, Meurisse,

Duc, César, Gladiator und Boma. In allen diesen Unter- nehmen beträgt die Dauer der Ferien 6 Tage jährlich. Ferien von 3 bis 5 Tagen werden außerdem in einigen Großbäckereien bezahlt, in der Genossenschaftsbäckerei 6 Tage.

Angesichts der allgemeinen Forderung der Gewerk- schaften auf Gewährung bezahlter Ferien haben viele Unternehmer die Taktik eingeschlagen, daß sie sich bereit erklären, Ferien zuzubilligen, sofern die Arbeiter in die Leistung von vermehrten Ueberstunden ein- willigten. Auf dem Umweg über ein paar Ferientage versuchen sie also dem verhassten Achtstundentaggesetz beizukommen.

Der Kampf um das Nachtbackverbot in der Tschecho- slowakei. Am 11. Mai ist eine Verordnung heraus- gekommen, wonach in den Bäckereien ab 4 Uhr früh gearbeitet werden darf. Die Arbeitgeber hatten verlangt, daß mit der Erzeugung schon um 3 Uhr früh begonnen werden dürfe. Die Nachricht über diese Frühverlegung des Arbeitsbeginnes in den Bäckereien hat im ganzen Lande große Protestkundgebungen ausgelöst, die zu Streiks in Prag und Brünn führten.

Wenn das Ministerium glaubte, durch die Festsetzung des Arbeitsbeginnes auf 4 Uhr früh im Gewerbe ge- wissermaßen Ordnung herbeizuführen, so zeigte es sich, daß auch späterhin die Uebertretungen des Verbotes nicht weniger zahlreich waren. Auch die Forderung auf Ratifikation des internationalen Uebereinkommens wurde nicht berücksichtigt. Eine Wendung brachte erst die Neuwahl der Kammer, wodurch in die Regierung auch sozialdemokratische Vertreter kamen. Der neue Minister für soziale Fürsorge, Dr. Cech, hat in einer Konferenz mit den Vertretern der Bäckereiarbeiter sich bereit erklärt, alles zu tun, um die Schwierigkeiten, die einer Ratifikation der Konvention entgegenstehen, zu be- seitigen. Der Widerstand der Arbeitgeber gegen die Ratifikation ist noch wie vor sehr heftig. In einer Kon- ferenz auf dem Arbeitsministerium haben sie an dem 3-Uhr-Beginn festgehalten.

**Nachruf!**  
Am 19. Mai 1930 verstarb plötzlich und unerwartet unser treuer und lang- jähriger Kollege  
**Mag Clemens.**  
Ehre seinem Andenken. [2,40]  
**Ortsgruppe Solingen-Remscheid.**

Unsern lieben Kollegen **Eugen Heid** nebst seiner lieben Frau Grete nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]  
**Die Kollegen der Reichs-Monopol-Verwaltung, Düsseldorf.**

Unsern Koll. **Ferdinand Ries** nebst seiner Frau zur Vermählung die besten Glückwünsche. [2,10]  
**Die Kollegen der Roiting-Mühlen N.-G., Duisburg und die Ortsgruppe Duisburg.**

Unsern Kollegen **Josef Schiffer** u. seiner lieb. Frau zur stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [2,10]  
**Die Kollegen der G.G.-Mühle, Bochum und Ortsgruppe Bochum.**

Unsern lieben Kollegen **Joh. Thiel** und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]  
**Die Kollegen der Aktien-Brauerei Merzig Saar.**

Unsern lieben Koll. **Karl Hatt**, Kraftwagenführer, und seiner lieben Frau Adelheid die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,10]  
**Die organisierten Kollegen der Brauerei Ruppauer in Stadt b. Konstanz**

Unsern Koll. **Franz Hamacher** und seiner lieb. Frau nebst ihren lieben Bräuten die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. [2,40]  
**Die freigestellten Kollegen der Gottschalk-Mühlwerke und Ortsgruppe Aresfeld-Nerdlingen a. Rh.**

Unsern Kollegen **Ernst Hüter**, Busfen, zu seinem 50-jährigen Brauer- jubelium die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]  
**Die Kollegen der Rose-Brauerei, Wulfen, Ortsgruppe Bochum.**

Unsern Kollegen **Arno Bröbber** und **Johann Eichenseher** zu ihrem 25-jährigen Arbeitsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [2,40]  
**Die Kollegen der Schlegel-Scharpenfeel-Brauerei, Abt. Reddinghausen Ortsgruppe Bochum.**

Unsern Koll. **Herrmann Reisdorf** sowie seiner lieben Frau Anna Helme zu ihrer am 30. Mai stattfindenden Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [2,40]  
**Die Kollegen der Effigfabrik von Theodor Mostopf, Fahr, Abt., Ortsgruppe Koblenz.**

Unsern lieben Kollegen **Herrmann Fuhrmann** nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit. [1,80]  
**Die Kollegen der Ortsgruppe Friedenthal-Giekmansdorf.**

Unsern Kollegen **Ernst Kahlow** und seiner lieben Frau nachträglich die besten Glückwünsche zur Vermählung. [1,80]  
**Die Kollegen der Ortsgruppe Galbe a. d. S.**

Unsern Kollegen **Johannes Herke** und seiner Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,50]  
**Die Kollegen der Roiting-Mühle und die Ortsgruppe Duisburg.**

Unsern Kollegen **Paul Grundke**, Bierfahrer, und seiner lieben Marie zur Vermählung nachträglich die besten Glückwünsche. [2,40]  
**Die Kolleginnen und Kollegen d. Gorfauer Societätsbrauerei Abt. 1 Waldenburg Schles., Ortsgruppe Waldenburg.**

Unsern Kollegen **Herbert Bau- stau** und seiner lieben Frau zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]  
**Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Söbzig.**

Unsern Koll. **Richard Gollant** zu seinem am 1. Juni stattfindenden 25-jährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche. [1,80]  
**Die Koll. d. Bavaria St. Pauli-Brauerei, Abt. Jemer 1. Söbzig.**

Unsern werten Kollegen **Theodor Brechtel** und **Alfred Sellme** und deren lieben Frauen die herz- lichen Glückwünsche zur Vermählung. [1,50]  
**Die Kolleginnen und Kollegen der Ortsgruppe Reiche 1. Söbzig.**

Unsern Kollegen **August Hebelich** nebst einer lieben Frau nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur silbernen Hochzeit. [2,10]  
**Die Beschäftigten der Glöckchen-Brauerei Gelsen- kirchen u. die Ortsgr. Essen.**

Unsern lieben Kollegen **Gans Leiprecht**, Metzger, sowie seiner lieben Frau Maria, geb. Mohr, zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. [2,40]  
**Die Kollegen der Wurffabrik J. Scheffold, Biberach, Ortsgr. Biberach a. Rh.**

Unsern Kollegen **Paul Gernd** und seiner lieben Frau Mina nach- träglich zur Vermählung die herz- lichen Glückwünsche. [2,10]  
**Die Kollegen der Zählstelle Bradenheheim, Ortsgruppe Heilbronn.**

Unsern lieben Kollegen und Vor- standsmittglied **Jacob Reier** und seiner lieben Maria zur Vermählung die herzlichsten Gratulation. [2,40]  
**Die Kollegen der Brauerei Reichenburg in Staßberg, sowie Vorstand und Bezirks- leitung Nachen.**

**Junger Fleischer Geselle**  
22 Jahre alt, sucht per sofort Stellung. Angebote an  
**Wilhelm Stama, Delitzsch, Kreuzgasse 4. Bezirk Halle a. d. S.**

**Brauereihofen, Dreibrähfelder Nr. 13., Brauereijoppen, Dreibrähfelder mit warmem Futter Nr. 26., Zweibrähfelderhofen Nr. 9., Sodenschöner Nr. 120**  
Fleischer- und Baderbeleidigung  
Preisliste und Muster gratis  
**Mechanische Kleiderfabrik, Verandhaus Emil Hofffeldt, Dresden-8, Ritterstraße 2**

**Konsum-, Spar- und Produktivgenossenschaft Crottendorf**  
Wir suchen zum Antritt am 1. Juli einen tüchtigen  
**Ladenfleischer**  
Bewerbungen sind sofort an den Vorstand einzureichen.



# FRAUENRECHT



## Unsere weiblichen Mitglieder

An der allgemeinen Mitgliederzunahme haben auch unsere Kolleginnen hervorragenden Anteil. Bei dem Zusammenschluß zur Einheitsorganisation am 1. April 1928 betrug der Stand unserer weiblichen Mitglieder 29 638 von dem Gesamtmitgliederstand von 153 435 oder 19,32 Proz. Mit Ende des ersten Tätigkeitsjahres stieg die Zahl der organisierten Kolleginnen auf 34 647 und am Jahresende 1929 betrug die Zahl der organisierten Kolleginnen 36 283.

Bei einem Vergleich dieser beiden Jahre ergibt sich folgende nach Berufen gruppierte Aufstellung:

	1928	1929
Bad-, Süß- und Leigwarenindustrie	25 144	25 305
Bäckerei	1 037	1 077
Böttcherei und Weinküferei	435	408
Fleischerei u. Wurstwarenfabrikation	2 826	3 379
Getränkeindustrie	4 118	4 806
Konditorei	330	430
Müllerei	757	877
Zusammen	34 647	36 283

Während am Ende des Jahres 1928 der prozentuale Anteil zu der Gesamtmitgliederzahl von 168 187 20,6 Proz. betrug, verzeichnet er am Ende des Jahres 1929 bei 177 834 20,4 Proz. Wenn wir jedoch die Zahl der beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte in unseren Industriegruppen in den Vergleich zur Organisationsziffer stellen, so müssen wir wahrnehmen, daß immer noch eine große Anzahl von Kolleginnen desinteressiert unserer Organisation gegenübersteht. Gewiß hat auch hierbei die allgemeine Wirtschaftslage und die große Arbeitslosigkeit stark beeinflussend gewirkt. Am Ende des Jahres 1928 hatten wir 4616 arbeitslose weibliche Mitglieder zu verzeichnen und am Ende des Jahres 1929 waren sogar 5871 arbeitslose Kolleginnen vorhanden.

Die Erwerbstätigkeit der Frauen ist heute ganz anders zu beachten als in früheren Jahren. Es trifft nicht mehr zu, daß die Frauen nur vorübergehend als Lohnarbeiterinnen für die Befreiung ihres Lebensunterhaltes beizutragen haben, und dann, wenn sie verheiratet sind, aus der Erwerbsarbeit ausscheiden, sondern, wie wir an dieser Stelle wiederholt nachweisen konnten, ist heute die verheiratete Frau in größerer Anzahl in fast allen Berufen vertreten. Durch die Ausschaltung des Mannes aus dem Produktionsprozeß, wie wir diesen Vorgang in den letzten Jahren in sehr großem Umfange wahrnehmen konnten, muß auch die verheiratete Frau viel mehr als früher zum Lebensunterhalt der Familie beitragen. Die Tatsache veranlaßte alle Gewerkschaften, sich für die Ge-

winnung der Frauen für die gewerkschaftlichen Bestrebungen energisch einzusetzen. Wie bekannt ist, zielen die Absichten der Unternehmer bei der Beschäftigung von Frauen vornehmlich darauf ab, billige Arbeitskräfte zu erhalten. Die Frau wird längst nicht mehr nur mit leichten Arbeiten beschäftigt, sondern sie wird sehr häufig auch zu ausgesprochenen Männerarbeiten verwendet. Sie muß oftmals schwer ar-

## Wir säen die Befreiungsaat

Nun ist vorbei die kühle Hoff,  
die Zeit der weißen Leidenschaft,  
der Tage graue Dämmerung.  
Hell strahlt die Herzbegeisterung!  
Denn Frühling ist und Sommer wird,  
die Sonne mit der Erde fließt!

Genesung keimt in vielem Leid,  
und überall blüht Seligkeit.  
Der Sehnsucht winkt die Zuversicht,  
Erwartung harret im Angezicht.  
Und jeder sät in seine Erde  
die Liebe, daß ihm Liebe werde!

Der blonde Glanz, der uns umschwebt,  
das frohe Bunt, das uns umweht,  
der muntren Vögel Zwitscherfang,  
der frischen Quellen Lust und Drang,  
löst in den Adern unser Blut,  
spritzt ein uns Willen, Kraft und Mut.  
Wir straffen Arm und Geist zur Tat  
und säen die Befreiungsaat!

Erich Meyer

beiten und hat dennoch einen bedeutend niedrigeren Lohn für ihre Leistungen zu gewärtigen.

Die Erfassung der Frauen für die gewerkschaftliche Organisation sollte in keiner unserer Ortsgruppen nachlässig behandelt werden. Durch die große Zahl der noch unorganisiert vorhandenen Frauen wird bestimmt auf die Löhne drückend eingewirkt. Wiederum bedeutet dieser Vorgang eine Erleichterung des Aufstieges in der Lohnbezahlung bei den Männern.

Unsere Verbandskollegen haben daher in allen Betrieben, wo sie mit Frauen zusammenarbeiten, die Pflicht, auch diese ihre Mitarbeiterinnen unserer Or-

ganisation zuzuführen. Soweit unsere Mitglieder Familienväter sind und ihre Töchter im Erwerbsleben stehen, sollte unbedingt darauf gesehen werden, daß sie ihre Kinder der freigewerkschaftlichen Organisation zuführen. Vielfach wird leider nach diesem ganz selbstverständlichen Grundsatz nicht gehandelt, denn wenn es geschehen würde, wäre zweifellos eine bedeutend größere Zahl der Frauen gewerkschaftlich organisiert. Darum gilt es für uns alle, mit größerer Energie die Frauen für unsere Organisationsbestrebungen zu gewinnen.

## Frauenarbeit in Holland

Auch in Holland weist die Zunahme der Frauenarbeit mächtige Fortschritte auf. Schon im Jahre 1920 waren 631 000 oder mehr als ein Fünftel aller niederländischen Frauen erwerbstätig. Davon arbeitet ein Drittel als Hilfskräfte im Haushalt, ein Viertel in der Industrie, 14 Proz. in der Landwirtschaft, 10 Proz. im Handel, 6,5 Proz. im Bureaufach und 5,7 Proz. im Unterricht. Die Zahl der beruflichen im Haushalt tätigen weiblichen Personen ging von 1900 bis 1920 von 44 auf 33 Proz. zurück und hat seitdem weiter abgenommen. Bei den 148 000 in der Industrie arbeitenden Frauen entfällt die Hälfte auf das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe. Von den erwerbstätigen Frauen sind 108 000 verheiratet, verwitwet oder geschieden, 208 000 aller erwerbstätigen Frauen sind älter als 25 Jahre.

## Allgemeines

Das neue finnische Ehegesetz, das am 1. Januar 1930 in Kraft getreten ist und auch auf früher geschlossene Ehen entscheidend zurückwirken wird, ist nach dem Vorbilde der skandinavischen Gesetze geschaffen und beruht auf dem Grundsatz völliger Gleichberechtigung von Mann und Frau. Beide Ehegatten entscheiden mit gleichem Recht über die wirtschaftlichen Verhältnisse, den Wohnort und die Kinder; die Ehefrau kann Verträge und rechtlich bindende Verpflichtungen eingehen und diese selbständig vor Aemtern und Gerichten vertreten. Bei den neu geschlossenen Ehen herrscht von vornherein Gütertrennung; nur nach dem Tode oder der Scheidung steht jedem Gatten das eheliche Güterrecht an dem Besitz des anderen zu. Von besonderem Werte sind die Bestimmungen, nach denen Grundbesitz, Haus- und Arbeitsgeräte als Eigentum eines Gatten besonders geschützt sind und ohne seine Einwilligung weder verkauft noch verpfändet werden dürfen; ferner die juristische Bewertung der Arbeitsleistung der Hausfrau als Unterhaltsbeitrag für die Familie.

## Zwischen Kultur und Urwald

Von Carsten Kühl

Die drei Begebenheiten, von denen ich sprechen will, spielen in und um Aracatuba, einem Städtchen am Ufer des Parana, also zwischen Naturwildnis und letzter Zivilisation.

In der Pension „casa allema“ in Aracatuba wurden mir die jüngsten Streiche der Wit-Weibsbürgerin erzählt. Eine junge deutsche Ansiedlerfamilie namens Seifert, Mann und Frau, kurz verheiratet, hatten ein Sitio (kleine Bauernstelle) gekauft, einige Begleitenden von Aracatuba entfernt. Sie trieben Kaffee- und Maisbau und pflegten auch Gemüse usw.

Ein Spätnachmittag. — Seifert hantiert im Hause, seine Frau macht sich im Garten zu schaffen; da fällt ein Schuß. — Die Frau horcht auf, stürzt aus Haus zu, um die Ursache zu ergründen, sieht einen Neger, einen brutalen Arbeiter vom Nachbargut, den sie kennt, über den Weg eilen und ihren Mann mit durchschossener Brust, sterbend vor der Haustür liegen. Er spricht noch einige Worte: — Neger tomt — will Kaffee — dreh' mich um — es knallt — fällt er stürzt in den Armen seiner Frau. Grauenhafte Situation für die Frau. — Sie steht — ohne Ged — anstößt vor der Pistole des Negers — ohne Wehler, zu Fuß, vollkommen verwirrt in Richtung Aracatuba, hofft bei den Deutschen Beistand zu finden. Ihr Weg führt über die Plantagen eines brasilianischen Großgrundbesitzers. Wie zufällig läuft sie ihm in den Weg. Er, ein schon älterer, nicht gerade hellhäutiger Herr, hält sie auf. Frau Seifert erzählt ihm in gebrochenem portugiesischem Kauderwelsch den grauenhaften Vorfall.

Der Mann ist so herzengut, tröstet die arme Frau, verspricht alles zu ordnen, verspricht ihr jede Hilfe und ladet sie für die Nacht in sein Haus, denn die Stadt ist noch fern und schon beginnt die Dämmerung.

Nun, Frau Seifert, die junge herrlich blonde deutsche Frau — was soll sie auch machen? — Sie vertraut sich dem Danken an. Er mietet ihr nach Tagen ein Häuschen in Aracatuba. Ein Häuschen, ja, aber doch mehr ein Gefängnis, denn ihr Bedienter ist einer seiner Neger der den Befehl seines Herrn, die Dame scharf zu bewachen, mit häßlicher Gewissenhaftigkeit auch ausführt. In den dunklen Abendstunden kommt der Brasilianer herüberge-

ritten und verweilt manche Stunde bei der jungen Witwe. Wohlgemerkt!

Eines Tages gelang es ihr mit List zu entweichen. Sie fragt sich nach dem „Casa allema“ durch und wurde dort angeht, mit tausend Fragen überschüttet, denn man war von dem Morde wohl unterrichtet.

Nebenbei: „Casa allema“ ist eine kleine deutsche Pension, hat auch einen offenen Laden, eine Art Bar, wo neben Schnaps und Wein, Gemüse und Früchte verkauft werden. Abends sitzen die Gäste, Deutsche aus dem Ort und der Umgebung, wegen der tropischen Wärme bei offener Tür.

So kam es, daß Frau Seifert eines Abends den Mörder ihres Mannes vorbeigehen sah. Die Männer sprangen auf, dem Neger nach, schleppten ihn in die Bar. Polizei wurde benachrichtigt. Als jener abgeführt wurde, sagte er Frau Seifert zu: „Die nächste Kugel kriegt du, Kanaille.“

Aus dem Verhör erwähne ich nur die erste Frage des Beamten: „In wessen Auftrag haben sie gehandelt?“ Antwort: „Herr X (jener brasilianische Wohlthäter) ist der Auftraggeber.“ — „Weshalb verraten Sie ihn?“ — „Er gab mir halt 100 Milreis nur 20.“

Der Mörder soll vier Wochen später, als Frau Seifert längst auf der Rückreise nach Deutschland war, in den deutschen Häusern nach ihr gesucht haben. Der alte Brasilianer, der mächtige Großgrundbesitzer, bewirtschaftete seine Kaffeepflanzung nach wie vor.

Gleich nach diesem Ereignis geschah noch etwas Unerhörtes, und zwar in der deutschen Kolonie „Paulista“ bei Aracatuba.

Die Kolonisten, die seit fünf Jahren ihren Besitztitel in Händen hatten, sollten vertrieben werden. Das klingt vielleicht unglauwbürlich, und ich muß eine Erklärung voraussagen, um die Angelegenheit verständlich zu machen.

Wenn ein Großgrundbesitzer von der Regierung für An siedlungszwecke Land erwirbt und sich übernommen hat, d. h. die Bedingungen nicht erfüllen kann, so fällt das Land, Tausende von Hektaren, an die Regierung zurück und wird eventuell Besitz eines anderen. Erfüllt dieser die Bedingungen, parzelliert und verkauft er etwa 100 Hektar große Parzellen, so fühlen sich die Einzelhaber ganz gewiß als rechtmäßige Besitzer. Sind sie es aber wirklich? Wenn nun der erste Eigentümer irgendwie gute Geschäfte machte, so wird er keine Ansprüche auf jenen Grund und Boden wieder geltend machen. Er wird einen Prozeß anstrengen und — hat er genügend Geld, d. h. eine höhere Börse als der jetzige Besitzer — den Prozeß gewinnen.

Die Folge davon ist: Er wird an die einzelnen Kolonisten herantreten, sie nicht als Eigentümer anerkennen, sondern die Bezahlung ihrer Parzellen fordern.

Deshalb also sollten die Kolonisten von Paulista fortgejagt werden, weil sie sich, beruhend auf ihre Besitztitel, zu einer nochmaligen Zahlung weigerten. Das Ende vom Liede: sie bewaffneten sich, warben unter den Deutschen in Aracatuba waffenkundige Männer und nahmen Verteilungsgestaltung ein.

Geschrei in den Tageszeitungen von St. Paulo — Revolution im Innern des Staates und Entsendung einer Kompanie Soldaten nach dort. Es mag wohl bei den Kämpfen um Paulista mancher ins Gras gebissen haben. Das Ende vom Liede kann man sich aus einer Zeitungsnotiz vom 5. April 1925 zusammenreimen. Diese besagt, daß dreizehn Aufständiger jener Kolonie in Begeleitung ihres Lehrers Ernst Müllrich in St. Paulo eingetroffen seien, nachdem sie, von Bewaffneten überfallen, zunächst nach Aracatuba geflohen waren.

Ungefähr zur selben Zeit kam mir eine andere Geschichte zu Ohren, die wohl beispiellos in ihrer, selbst für Wildwest-Brasilien typischen Art ist.

Ein englischer Großgrundbesitzer C., Gründer des in seinem Besitztum liegenden Städtchens Birigun, treibt Schweinezucht. Ein so großer Herr wie C. hat natürlich autokratische Gewalt, ist selbstverständlich auch Chef der Polizei.

In diesem kleinen Nest hat einer den Mut gefunden, eine Zeitung herauszugeben „a cidade de Birigun“. Der Redakteur hielt sich wohl für berechtigt, in Zeitartikeln den Herrn C. wegen seines tyrannischen Regiments anzugreifen. Das hatte schlimme Folgen, denn Archibald C., der Sohn des Schweinezüchters, fuhr eines Tages zur Redaktion, nahm sich gar nicht die Mühe, das Auto zu verlassen, sondern rief den Verfasser jenes Artikels heraus. Kein Wort hielt er nötig zu sagen, er ließ nur einmal seine Pistole sprechen und fuhr dann fort, irgendwohin, wo ihn keiner kennt, vielleicht in die Wildnis des Parana's. Dort wird er sich solange wohl aufhalten, bis Gras über die Geschichte gewachsen ist.

Aber eines Tages werden die Freunde oder Verwandten des Ermordeten, ihn, den Archibald, doch irgendwo finden und ein endloses Morden aus Blutrache wird das Ende sein. So ist es Brauch im Westen, im wilden Westen, wohin der Arm des Gesetzes noch nicht reicht.